



VOX-Analyse Juni 2024

Nachbefragung und Analyse
zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 9. Juni 2024

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Tobias Keller: Projektleiter und Teamleader Data Analytics

Sara Rellstab: Data Scientist

Corina Schena: Junior Projektleiterin

Alessandro Pagani: Junior Data Scientist

Jenny Roberts: Junior Data Scientist

Margret Tschanz: Projektmitarbeiterin/ Administration

Roland Rey: Projektmitarbeiter / Administration

Inhaltsverzeichnis

1	DIE ZENTRALEN BEFUNDE	4
2	DIE BETEILIGUNG	8
3	DIE MEINUNGSBILDUNG	12
3.1	Die Bedeutung der Vorlagen	12
3.2	Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt	13
3.3	Die Informationsgewinnung	15
4	PRÄMIENENTLASTUNGS-INITIATIVE	18
4.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	18
4.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	19
4.3	Die Motive	23
4.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	25
5	KOSTENBREMSE-INITIATIVE	28
5.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	28
5.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	29
5.3	Die Motive	32
5.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	34
6	FREIHEITS-INITIATIVE	37
6.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	37
6.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	38
6.3	Die Motive	42
6.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	44
7	STROMGESETZ	46
7.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	46
7.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	47
7.3	Die Motive	51
7.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	53
8	ANHANG	56
8.1	Technischer Bericht	56
8.2	Über die Studie	60
8.3	gfs.bern-Team	61

1 Die zentralen Befunde

Die Abstimmung am 9. Juni 2024 war von den beiden Gesundheitsinitiativen mitgeprägt: Insbesondere die Prämienentlastungs-Initiative gab vor dem Abstimmungstermin medial zu reden. Im Gegensatz zur erfolgreichen 13.-AHV-Initiative, über die im März abgestimmt wurde, erreichte die Prämienentlastungs-Initiative keine Mehrheit in der Stimmbevölkerung. Die Vorlage vermochte es nicht, über das linke Spektrum hinaus zu mobilisieren. Es fehlte die Aktivierung einer klaren Anspruchsgruppe, um die Vorlage ins Ziel zu bringen. Obwohl die Kostenproblematik im Gesundheitswesen unter den Stimmenden breit anerkannt ist, stand bei den Nein-Stimmenden die finanzpolitische Vernunft im Zentrum. Viele befürchteten, dass die Umsetzung des Vorhabens zu teuer würde. Ausserdem wurde kritisiert, dass die Initiative die Ursachen des Kostenwachstums ausser Acht lasse. Die Diskussionen um die Finanzierung der 13. AHV-Rente und die Situation der Bundesfinanzen haben das Meinungsklima innert drei Monaten verändert. Auch die zweite Gesundheitsvorlage, die Kostenbremse-Initiative, überzeugte die Mehrheit der Stimmenden nicht. Keine Untergruppe in der Stimmbevölkerung war klar für das Vorhaben – auch nicht Sympathisierende der initiiierenden Mitte-Partei. Bei den Gegenargumenten wird ersichtlich, dass die Koppelung der Gesundheitsversorgung an die Wirtschaftsentwicklung von den Stimmenden nicht goutiert wurde. Auch wurde eine Verschlechterung des Gesundheitssystems als Folge der Kostenbremse befürchtet.

Am wenigsten Aufmerksamkeit unter den vier Vorlagen genoss die Freiheits-Initiative, welche eine Stärkung des Grundrechts auf körperliche und geistige Unversehrtheit fordert. Das Vorhaben überzeugte nur eine Minderheit der Stimmenden, welche wenig Vertrauen in die Schweizer Gesundheitsbehörden haben und kritisch gegenüber den Massnahmen während der Covid-19-Pandemie eingestellt sind. Die Gegnerschaft der Initiative zeigte wenig Verständnis für das Anliegen und argumentierte insbesondere, dass bereits eine ausreichende gesetzliche Grundlage besteht.

Das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien war aus Sicht der Stimmberechtigten die bedeutendste Vorlage vom 9. Juni 2024 und erzielte eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung. Mit Ausnahme der SVP-Sympathisierenden waren alle politischen Lager für das Gesetz. Eine Mehrheit der Stimmenden betrachtete den Ausbau der erneuerbaren Energien als wichtigen Schritt für die Versorgungssicherheit und gegen den Klimawandel. Ausserdem war es für viele von Bedeutung, die Abhängigkeit vom Ausland zu verringern. Die Kombination von mehr Autonomie in der Stromversorgung, einer ausgeprägten Offenheit in der Bevölkerung für Umweltschutz als allgemeines Ziel und der Geschlossenheit der politischen Lager von links bis weit ins rechte Spektrum verhalfen der Vorlage zum Abstimmungssieg.

Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'141 Stimmberechtigten der VOX-Analyse Juni 2024. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Keine Volksmehrheit für die zweite linke Initiative des Jahres Prämienentlastungs-Initiative

Die Volksinitiative «Maximal 10 Prozent des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)» fordert, dass die Versicherten höchstens 10

Prozent des verfügbaren Einkommens für Prämien aufwenden müssen. Deshalb sollen Bund und Kantone die Prämienverbilligungen erhöhen. Die Vorlage wurde von einer Mehrheit abgelehnt. SP- und Grünen-Sympathisierende stimmten überwiegend ja, jedoch erreichte das Vorhaben über das linke Lager hinaus keine Mehrheiten. FDP- und SVP-Sympathisierende haben die Initiative am stärksten abgelehnt. Hohes Vertrauen in die Gewerkschaften sowie in Gesundheitsorganisationen und -verbände erhöhte den Ja-Stimmenanteil, beim Vertrauen in die Krankenkassen zeigte sich hingegen kein signifikanter Zusammenhang. Das Ja-Lager war ebenso gekennzeichnet von Befürwortenden einer Wirtschaft mit mehr Staatseingriffen und von Stimmenden, die Solidarität gegenüber Eigenverantwortung bevorzugen.

Bezüglich den Motiven für ein Ja schwang das Dringlichkeitsargument oben aus: Viele Ja-Stimmende sahen dringenden Handlungsbedarf bei den Gesundheitskosten und stimmten deshalb der Prämientlastungs-Initiative zu. In zweiter Linie erwarteten die Befürwortenden durch eine Annahme mehr Gerechtigkeit für Gesellschaftsschichten mit tieferen Einkommen. Die Nein-Stimmenden hingegen nannten am häufigsten die Finanzierung der Initiative als Gegenargument, die sie als unsicher und teuer beurteilten. Während im vergangenen März, als die Initiative für eine 13. AHV-Rente angenommen wurde, die finanzpolitische Komponente im Hintergrund blieb, machten sich die Stimmenden bei der neusten Abstimmung vermehrt Sorgen um die Finanzierungsfrage. Die parlamentarischen Diskussionen rund um die Umsetzung der 13. AHV-Rente sowie zur Lage des Bundeshaushalts insgesamt haben das Meinungsklima geändert. Für das Nein-Lager spielte ebenfalls eine Rolle, dass die Initiative die Gesundheitskosten nicht dämpft, sowie, dass sparsame Kantone die Prämienverbilligung von anderen Kantonen querfinanzieren müssten.

Die Mobilisierung unterschied sich von derjenigen bei der Abstimmung zur 13. AHV-Rente. Im März war die Beteiligung generell hoch, insbesondere die Alterskohorten ab 50 Jahren nahmen aber deutlich häufiger teil als beim Abstimmungssonntag im Juni. Die Beteiligung von Linksaussen war bei der Abstimmung im März ebenfalls sehr hoch, und auch Stimmende ohne Hochschulabschluss stimmten deutlich häufiger ab. Diese Segmente der Bevölkerung legten überwiegend ein Ja ein für die 13. AHV-Rente. Im Vergleich dazu schaffte es die Prämientlastungs-Initiative nicht, eine klare Zielgruppe zu definieren und diese auch konsequent an die Urnen zu locken.

Auch bei Mitte-Sympathisierenden keine klare Zustimmung Kostenbremse-Initiative

Die Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)» der Mitte-Partei adressiert ebenfalls die steigenden Kosten im Gesundheitswesen. Durch die Einführung einer Kostenbremse soll das Kostenwachstum in der obligatorischen Krankenversicherung gebremst werden. Den Stimmberechtigten fiel es schwerer als bei den anderen drei Vorlagen des Abstimmungssonntages, sich eine Meinung zur Vorlage zu bilden. Eine deutliche Mehrheit der Stimmbevölkerung war schliesslich dagegen. Keine Untergruppe des Stimmvolks befürwortete die Initiative klar. Auch Sympathisierende der Mitte-Partei, die hinter dem Initiativevorhaben stand, waren gespalten. Neben der Mitte stimmten am ehesten noch Grünen-Sympathisierende

für die Vorlage. Stimmende, die der FDP- oder der SVP nahestehen, sagten am deutlichsten Nein zur Kostenbremse.

Ähnlich wie bei der Prämienentlastungs-Initiative begründeten Befürwortende ihren Entscheid am häufigsten mit der Dringlichkeit des Kostenproblems im Gesundheitswesen. Erst an zweiter Stelle folgten Überlegungen zur Effizienz des Gesundheitssystems und zur Solidarität mit Gruppen, die von hohen Prämien besonders stark betroffen sind (z.B. Familien). Auf der Nein-Seite wurde die Initiative häufig als unausgereift betrachtet: Vielen leuchtete nicht ein, weshalb die Kosten der Gesundheitsversorgung an die Wirtschaftsentwicklung gekoppelt werden sollten. Zudem wurde befürchtet, dass ein Kostendeckel zu einer Rationierung in der Gesundheitsversorgung oder einer «Zweiklassenmedizin» führen könnte.

Für eine Mehrheit der Stimmenden ist die Covid-19-Politik kein Thema mehr **Freiheits-Initiative**

Die vom Verein Freiheitliche Bewegung Schweiz lancierte Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit (Freiheits-Initiative)» will, dass jegliche Eingriffe in die körperliche oder geistige Unversehrtheit nur mit ausdrücklicher Zustimmung der betroffenen Person erfolgen dürfen und dass Personen nicht benachteiligt werden, wenn sie einen solchen Eingriff ablehnen. Die Initiative wurde vom Stimmvolk deutlich abgelehnt. Linke Kreise waren am deutlichsten dagegen. Knapp die Hälfte der SVP-Sympathisierenden und der Parteilosen legten ein Ja ein. Das Stimmverhalten hängt stark mit dem Vertrauen in Institutionen zusammen: Personen, die dem Bundesamt für Gesundheit, der Covid-19-Taskforce oder der Hausärzteschaft misstrauen, stimmten deutlich häufiger Ja. Der Ja-Anteil fiel auch bei Stimmenden mit tieferen Einkommen tendenziell höher aus.

Für die Pro-Seite stand die Unantastbarkeit der individuellen Freiheit bei ihrem Entscheid im Zentrum. Es wurde ebenfalls moniert, dass Menschen wegen ihrer Haltung zu Impfungen während der Pandemie ausgegrenzt worden seien. Manche Befürwortende befürchten, dass man sich diesbezüglich nicht auf die Politik verlassen kann. Die Gegnerschaft der Initiative empfand das Vorhaben grösstenteils als unnötig, da das Grundrecht auf körperliche und geistige Unversehrtheit bereits in der Verfassung besteht. Die Nein-Stimmenden äusserten häufig Unverständnis für das Anliegen der Initianten, unter anderem, da sie Impfungen als wichtige Massnahme in der Epidemiebekämpfung betrachten.

Klares Votum für den Ausbau erneuerbarer Energien **Stromgesetz**

Das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien will die Schweizer Stromversorgung stärken, indem insbesondere der Ausbau von Solar-, Wind- und Wasserkraft erleichtert wird. Eine grosse Mehrheit der Stimmenden segnete das Gesetz an der Urne ab. Die Zustimmung war über das gesamte politische Spektrum hoch, mit Ausnahme der SVP-Sympathisierenden. Personen, die Umweltschutz höher

gewichten als wirtschaftlichen Wohlstand, Atomenergie ablehnen oder gesellschaftliche Solidarität wichtiger als Eigenverantwortung wahrnehmen, stimmten besonders häufig Ja.

Die zentralen Argumente für das Gesetz betonten, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien dringend ist – unter anderem, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Der Vorlage kam zugute, dass sie auf eine übergeordnete Ebene zielt: Im Gegensatz zu vergangenen umweltpolitischen Vorlagen, wie beispielsweise dem 2021 abgelehnten CO₂-Gesetz, stand beim Stromversorgungsgesetz die Energiewende als übergeordnetes Ziel im Zentrum – und nicht Verhaltensänderungen der Stimmenden, Verteuerungen oder konkrete Bauprojekte, die eher auf Widerstand stossen. Die Befürwortenden begründen ihr Stimmverhalten ebenfalls damit, dass die Abhängigkeit vom Ausland durch das Gesetz verringert würde. Auf der Nein-Seite wurde die Verschandelung von Landschaften zugunsten der Stromversorgung befürchtet. Ausserdem gebe es bessere Alternativen zum vorliegenden Gesetz und die demokratischen Mitspracherechte würden dadurch beschnitten.

Unterschiedliche persönliche Bedeutung der Vorlagen

Die Beteiligung

Die Beteiligung am 9. Juni 2024 war mit rund 45 Prozent im langjährigen Vergleich durchschnittlich. Stimmende an den politischen Polen nahmen stärker an den Abstimmungen teil als Personen in der politischen Mitte. Die Vorlagen waren für die Stimmbevölkerung unterschiedlich wichtig: Das Stromgesetz erzielte mit einem Durchschnitt von 8.0 einen hohen Wert, während die persönliche Bedeutung der Freiheits-Initiative mit 5.7 tief ausfiel. Die Prämientlastungs- und Kostenbremse-Initiativen lagen dazwischen. Die Kostenbremse war die am schwierigsten zu verstehende Vorlage, entsprechend fand die Meinungsbildung im Vergleich zu den anderen Vorlagen etwas später statt.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 9. Juni 2024 hatte das Schweizer Stimmvolk über vier Vorlagen zu entscheiden: Die Prämientlastungs-Initiative, die Kostenbremse-Initiative, die Freiheits-Initiative und das Stromgesetz.

2 Die Beteiligung

Am 9. Juni 2024 haben die Schweizer Stimmberechtigten über folgende vier Vorlagen abgestimmt:

1. Volksinitiative «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämienentlastungs-Initiative)»
2. Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»
3. Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»
4. Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes)

Die Stimmbeteiligung betrug bei der Prämienentlastungs-Initiative rund 45.4 Prozent, bei der Kostenbremse-Initiative 45.4 Prozent, der Freiheits-Initiative 45.3 Prozent und beim Stromgesetz 45.4 Prozent.¹

Die neue Legislatur hat im März mit einem Abstimmungssonntag mit einer überdurchschnittlichen Beteiligung von über 58 Prozent gestartet. Die Abstimmung im Juni erreichte jedoch wieder durchschnittliche 45 Prozent. Im Vergleich zum Jahr 2023 war die Beteiligung im Juni leicht höher (2023: 42.5%).

In Tabelle 1 wird die geschätzte Stimmbeteiligung anhand einiger ausgewählter soziodemografischer Merkmale ausgewiesen. Jüngere nehmen in hohem Mass je nach Vorlagen-Interesse teil, während gerade bei älteren Männern die Teilnahme noch als Bürgerpflicht verstanden wird. Das erklärt weiterhin die hohen Unterschiede nach Alter und die etwas geringfügigeren Unterschiede nach Geschlecht mit. Klar überdurchschnittlich haben sich Männer und Frauen zwischen 60 und 69 Jahren bzw. über 70 Jahren beteiligt (55% bzw. 62%). Klar unterdurchschnittlich fiel die Stimmbeteiligung in der Altersgruppe der 18- bis 39-jährigen Frauen bzw. Männer aus (je ca. 33%).

Ein akademischer Bildungshintergrund befördert wie üblich die systematische Beteiligung unabhängig vom Interesse an den einzelnen Vorlagen. Es zeigt sich hingegen nur ein schwach signifikanter Unterschied bei der Teilnahme aufgeschlüsselt nach Einkommen (Tendenz: Je höher das Einkommen ist, desto eher erfolgt eine Teilnahme).

Im Vergleich zum letzten Urnengang zeigt sich, dass die Beteiligung der Frauen wieder tiefer ausfiel als bei den Männern. Im März gab es keine Unterschiede in der Beteiligung nach Geschlecht. Nach Alter und Geschlecht betrachtet fällt auf, dass insbesondere Frauen ab 40 Jahren an der Abstimmung im Juni weniger teilgenommen haben: Im März waren es 58 Prozent bei den Frauen zwischen 40 und 65 Jahren resp. 73 Prozent bei den Frauen ab 65 (im Juni: 41% bei den Frauen 40–65, 52% bei den Frauen ab 65). Zudem war die Mobilisierung im März bei Stimmenden ohne Hochschulabschluss deutlich höher als bei der aktuellen Abstimmung.

¹ [Link zu bfs.admin.ch](https://bfs.admin.ch)

Tabelle 1: geschätzte Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
total	45.4	3095	
Alter			V=.22***
18-29 Jahre	33	394	± 4.7
30-39 Jahre	34	432	± 4.5
40-49 Jahre	42	515	± 4.3
50-59 Jahre	40	604	± 3.9
60-69 Jahre	55	579	± 4.1
70 Jahre und älter	62	571	± 4
Geschlecht			V=.08***
Frauen	42	1604	± 2.4
Männer	49	1491	± 2.5
Geschlecht und Alter			V=.24***
Frauen / 18-39	32	409	± 4.5
Männer / 18-39	35	417	± 4.6
Frauen / 40-65	41	725	± 3.6
Männer / 40-65	46	717	± 3.7
Frauen / 65+	52	470	± 4.5
Männer / 65+	73	357	± 4.6
Bildungsgrad			V=.17***
ohne nachobligatorische Bildung	33	322	± 5.1
berufliche Grundbildung/Berufslehre	40	988	± 3.1
Maturität/höhere Berufsbildung	47	815	± 3.4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	58	859	± 3.3
Haushaltseinkommen			V=.10***
bis 3'000 CHF	30	141	± 7.6
3'000-5'000 CHF	45	400	± 4.9
5'000-7'000 CHF	44	501	± 4.3
7'000-9'000 CHF	47	440	± 4.7
9'000-11'000 CHF	48	380	± 5
über 11'000 CHF	52	764	± 3.5

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramér's V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. $H_0: V=0$) und Standardfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Die politische Orientierung und die politische Bindung sind von grösserer Bedeutung als die soziodemographischen Hintergründe der Befragten, um die Mobilisierung zu erklären (Tabelle 2).

Auf den ersten Blick zeigt die Mobilisierung nach den politischen Lagern, dass Personen in der politischen Mitte deutlich weniger mobilisiert waren als andere Stimmende. Die Pole linksaussen und rechtsaussen waren am stärksten mobilisiert (61% bzw. 58%). Die Mobilisierung nach Parteisympathie lässt eine verstärkte Mobilisierung der links-grünen Kräfte erkennen: Die Sympathisierenden der Grünen (60%), GLP (58%) und SP (56%) wurden am stärksten mobilisiert. Rund jede zweite Person, die mit der Mitte sympathisiert, hat teilgenommen. Bei den anderen Parteien lag der Anteil unter 50 Prozent. Die Mobilisierung war insbesondere bei Personen, die mit keiner Partei sympathisieren, tief (30%). Ausserdem zeigt sich, dass mit höherem politischen Interesse eine wahrscheinlichere Abstimmungsteilnahme einherging. Die Mobilisierung war weitgehend unabhängig davon, ob man der Regierung vertraut oder misstraut.

Tabelle 2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Total	45.4	3095	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.18***
linksaussen (0-2)	61	323	± 5.3
links (3,4)	55	535	± 4.2
Mitte (5)	38	802	± 3.4
rechts (6,7)	46	631	± 3.9
rechtsaussen (8-10)	58	427	± 4.7
Parteisympathie			V=.17***
FDP	48	417	± 4.8
Die Mitte	51	374	± 5.1
SP	56	522	± 4.3
SVP	45	598	± 4
GLP	58	171	± 7.4
Grüne	60	171	± 7.4
andere Partei	49	185	± 7.2
keine	30	332	± 4.9

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Politisches Interesse			V=.46***
sehr interessiert	83	500	± 3.3
eher interessiert	55	1533	± 2.5
eher nicht interessiert	24	812	± 2.9
überhaupt nicht interessiert	6	199	± 3.3
Vertrauen in den Bundesrat			V=.07**
sehr gering bis gering (0-4)	49	402	± 4.9
mittel (5)	41	639	± 3.8
hoch (6-7)	49	786	± 3.5
sehr hoch (8-10)	49	1104	± 2.9

Wie an vielen Abstimmungen gab das Gros der Stimmbevölkerung, die nicht abgestimmt hat, an, dass sie vergessen haben teilzunehmen (31%) resp. verhindert waren (28%). 10 Prozent gaben an, dass sie sich nicht entscheiden konnten. Ebenso viele fanden die Abstimmungsthemen zu kompliziert. Jeweilig 8 Prozent denken, dass Abstimmungen an sich keinen Unterschied machen oder gaben an, dass die Abstimmungsthemen sie nicht interessiert haben. 7 Prozent waren der Meinung, dass es auf ihre einzelne Stimme nicht ankommt. 5 Prozent der Stimmberechtigten nehmen prinzipiell nie an Abstimmungen teil und 4 Prozent gingen davon aus, dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist. Schliesslich misstrauten 3 Prozent den demokratischen Prozessen.

Tabelle 3: Gründe für die Nicht-Teilnahme an der Abstimmung (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)	N
Ich habe vergessen, an der Abstimmung teilzunehmen	31	334
Ich war verhindert	28	283
Ich konnte mich nicht entscheiden	10	105
Die Abstimmungsthemen waren zu kompliziert	10	97
Ich bin der Meinung, dass Abstimmungen sowieso nichts ändern	8	84
Die Abstimmungsthemen haben mich nicht interessiert	8	80
Ich bin der Meinung, dass es auf meine einzelne Stimme sowieso nicht ankommt	7	75
Ich nehme aus Prinzip nie an Abstimmungen teil	5	52
Ich bin davon ausgegangen, dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist	4	36
Ich misstraue demokratischen Prozessen	3	32
weiss nicht / keine Angabe	8	88

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 1047. Mehrfachnennungen waren möglich.

3 Die Meinungsbildung

3.1 Die Bedeutung der Vorlagen

Die befragten Personen wurden gebeten, die Bedeutung jeder Vorlage für sie persönlich anzugeben (Tabellen 4 und 5). Im Mittel betrug diese auf einer Skala von 0-10 für die Prämienentlastungs-Initiative 6.4 und die Kostenbremse 6.0. Damit war die Prämienentlastungs-Initiative die wichtigere der beiden Gesundheitsvorlagen beim Stimmvolk. Das Stromgesetz war den Stimmberechtigten mit Abstand am wichtigsten (8.0), während die Freiheits-Initiative im Mittel nur mit 5.7 bewertet wurde. Die persönliche Bedeutung des Stromgesetzes lässt sich mit der AHV-Reform 2022 vergleichen (8.1). Die höchste persönliche Bedeutung erreichte in der vorherigen Legislatur die Covid-19-Abstimmung im November 2021 mit einem Mittelwert von 8.8. Die Freiheits-Initiative zählt mit den Abstimmungen zur Kapitalbesteuerung (5.7), dem Tierversuchsverbot (5.6) und dem Filmgesetz (4.3) zu den Vorlagen der vergangenen Legislatur, die am wenigsten persönliche Bedeutung für die Stimmbevölkerung hatten.

Tabelle 4: persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Prämienentlastungs-Initiative		Kostenbremse	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	10	149	9	133
gering (2-4)	14	252	17	279
mittel (5)	13	245	16	266
hoch (6-8)	37	674	38	665
sehr hoch (9-10)	27	553	21	432
Mittelwert (total)	6.4	1873	6.0	1775

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Tabelle 5: persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Freiheits-Initiative		Stromgesetz	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	19	321	1	13
gering (2-4)	14	250	5	71
mittel (5)	12	236	9	161
hoch (6-8)	27	466	39	714
sehr hoch (9-10)	28	448	46	828
Mittelwert (total)	5.7	1721	8.0	1787

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

3.2 Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt

Die Verständnisschwierigkeiten waren bei der Prämientlastungs-Initiative, dem Stromgesetz und insbesondere bei der Freiheits-Initiative eher gering. Für 87 Prozent der Stimmbevölkerung war die Freiheits-Initiative «eher leicht» zu verstehen. Das gilt ebenfalls für 81 Prozent in Bezug zum Stromgesetz und für 71 Prozent bei der Prämientlastungs-Initiative. Die Kostenbremse empfand das Stimmvolk als anspruchsvoller: 41 Prozent der Stimmenden gaben an, die Initiative «eher schwer» verständlich zu finden. Im Vergleich zu anderen Initiativen ist dieser Anteil hoch: Bei der 13. AHV-Rente fanden nur 8 Prozent die Vorlage «eher schwer» zu verstehen, bei der Abstimmung zur Renteninitiative waren es 16 Prozent.

Tabelle 6: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	Prämientlastungs-Initiative		Kostenbremse	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
eher leicht	71	1269	59	972
eher schwer	29	520	41	695
N (total)		1789		1667

Tabelle 7: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	Freiheits-Initiative		Stromgesetz	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
eher leicht	87	1371	81	1372
eher schwer	13	244	19	326
N (total)		1615		1698

Die Befragten gaben an, wann sie sich für ein Ja oder Nein entschieden haben (Tabelle 8). Bei der Prämientlastungs-Initiative gaben 55 Prozent an, von Anfang an entschieden gewesen zu sein, ein Drittel entschied sich erst im Abstimmungskampf und 12 Prozent im letzten Moment. Der Entscheid fiel insgesamt später als bei der Abstimmung zur 13. AHV-Rente im vergangenen März: Damals wussten zwei Drittel der Stimmenden bereits von Anfang an, wie sie abstimmen würden. Bei der Kostenbremse wussten hingegen weniger als die Hälfte der Stimmenden schon zu Beginn, wie sie stimmen würden (45%). 39 Prozent entschieden sich bei dieser Vorlage während des Abstimmungskampfs, 16 Prozent im letzten Moment. Beim Stromgesetz und insbesondere bei der Freiheits-Initiative waren deutlich mehr Befragte schon von Anfang an entschieden (66% bzw. 77%). Ein Viertel entschied sich beim Stromgesetz während des Abstimmungskampfs, bei der Freiheits-Initiative waren es nur 15 Prozent der Stimmenden. Trotz der Unterschiede: Bei allen Vorlagen hat somit der grösste Teil der Befragten von Anfang an gewusst, wie sie stimmen würden, und eine Minderheit hat diesen Wissensstand während des Abstimmungskampfes erreicht. Nur wenige haben ihren Entscheid bis zum letzten Moment hinausgeschoben.

Tabelle 8: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	Prämientlastungs-Initiative		Kostenbremse	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
von Anfang an klar	55	1007	45	776
während Abstimmungskampf	33	589	39	684
im letzten Moment	12	239	16	278
N (total)		2498		2390

Tabelle 9: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	Freiheits-Initiative		Stromgesetz	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
von Anfang an klar	77	1230	66	1129
während Abstimmungskampf	15	283	25	451
im letzten Moment	7	140	9	178
N (total)		1653		1758

3.3 Die Informationsgewinnung

Die Informationskanäle, mit denen sich die Stimmenden über die Abstimmungsvorlagen informiert haben, entsprechen grundsätzlich dem Bild vorhergehender Abstimmungen (Tabelle 10). Zum einen wird der Anteil der Nutzenden angegeben, zum anderen die Intensität (Skala: 1–10), mittels der diese sich mit diesem Medium informiert haben.

Das Bundesbüchlein (89%), Artikel in Zeitungen (82%) und Abstimmungssendungen im Fernsehen (76%) waren wie meistens die drei zentralen Informationskanäle, um sich über die Vorlagen zu informieren. Diese Quellen wurden mit Mittelwerten von 6.2 bis 6.8 auch intensiver als alle übrigen beachtet.

News-Seiten im Internet sowie Abstimmungszeitungen oder Flyers folgen mit Nutzungsanteilen von rund zwei Dritteln. Abstimmungssendungen am Radio, Inserate in Zeitungen, Leserbriefe oder Leserkommentare, Strassenplakate oder Meinungsumfragen wurden noch von (mehr als) der Hälfte der Stimmbevölkerung genutzt.

Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen, Mitteilungen am Arbeitsplatz sowie Videoclips in sozialen Medien und Filme wurden von etwa 35–44 Prozent genutzt. Soziale Medien oder die VoteInfo-App nutzte rund ein Drittel, wobei die Nutzungsintensität der App höher ausfiel als bei den meisten anderen Medien (5.3).

Tabelle 10: Mediennutzung (Anteile in % der Stimmenden)

Informationskanäle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität Mittelwert	Anzahl Nennungen (ungewichtet)
Das Bundesbüchlein	89	6.8	1824
Artikel in Zeitungen	82	6.5	1697
Abstimmungssendungen am Fernsehen	76	6.2	1564
News-Seiten im Internet	67	5.3	1395
Abstimmungszeitungen oder Flyers	65	4.7	1352
Abstimmungssendungen am Radio	63	5.6	1340
Inserate in Zeitungen	57	4.1	1194

Informationskanäle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität Mittelwert	Anzahl Nennungen (ungewichtet)
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	56	4.6	1133
Strassenplakate	56	3.4	1142
Meinungsumfragen	53	4.2	1067
Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen	44	4.2	911
Mitteilungen am Arbeitsplatz	39	4	817
Filme und Videoclips im Internet, zum Beispiel auf Youtube	35	4.1	689
VoteInfo-App vom Bund	33	5.3	681
Soziale Medien wie Facebook, Twitter oder Instagram	32	4	660

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte («Nutzungsanteil in %») gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweiligen Informationskanäle genutzt haben. Die dritte Spalte («Nutzungsintensität») informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt. Total: n = 2'048.

Die grundsätzliche Mediennutzung hatte bei allen vier Vorlagen kaum einen Zusammenhang mit der Richtung der Stimmabgabe.

Tabelle 11: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	Prämientlastungs-Initiative			Kostenbremse		
	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler
online (über das Internet)	49	317	± 5.5	42	305	± 5.5
beides etwa gleich	45	802	± 3.4	38	778	± 3.4
offline (Printmedien, Fernsehen oder Radio)	43	696	± 3.7	35	661	± 3.6
N (total) / Cramér's V		1815	V=.05		1744	V=.05

Gewichtete Resultate. Lesebeispiel: Von allen, die als Kommunikationskanal «online» angegeben und bei der Prämientlastungs-Initiative abgestimmt haben, stimmten 49 Prozent Ja.

Tabelle 12: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	Freiheits-Initiative			Stromgesetz		
	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler
online (über das Internet)	30	300	± 5.2	75	304	± 4.9
beides etwa gleich	24	753	± 3	70	768	± 3.2
offline (Printmedien, Fernsehen oder Radio)	24	644	± 3.3	68	664	± 3.6
N (total) / Cramér's V		1697	V=.06		1736	V=.05

Gewichtete Resultate. Lesebeispiel: Von allen, die als Kommunikationskanal «online» angegeben und bei der Freiheits-Initiative abgestimmt haben, stimmten 30 Prozent Ja.

4 Prämientlastungs-Initiative

4.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die Sozialdemokratische Partei reichte im Februar 2020 mit 101'780 gültigen Unterschriften die Volksinitiative «Maximal 10 Prozent des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)» ein. Die Initiative fordert, dass die Versicherten höchstens 10 Prozent des verfügbaren Einkommens für Prämien aufwenden müssen. Deshalb sollen Bund und Kantone die Prämienverbilligungen erhöhen. Der Bund wäre verpflichtet, zwei Drittel der anfallenden Kosten zu übernehmen. Bundesrat und Parlament haben einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet, welcher die Kantone dazu verpflichten würde, einen Mindestbeitrag zur Prämienverbilligung zu leisten.

Der Bundesrat und das Parlament sprachen sich gegen die Volksinitiative «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämientlastungs-Initiative)» aus. Gründe hierfür sind die Mehrkosten in Milliardenhöhe und die in der Vorlage fehlenden Anreize zur Eindämmung der Gesundheitskosten. Beide Kammern lehnten die Initiative mehrheitlich ab. Im Nationalrat war das Stimmenverhältnis 70 Ja- zu 123 Nein- und im Ständerat 11 Ja- zu 32 Nein-Stimmen.

Die von der SP lancierte Initiative erfuhr zusätzlich von der Grünen Partei Unterstützung. Die restlichen Grossparteien, sprich die FDP, die Mitte, die GLP und die SVP, lehnten die Initiative ab.

Die Initiative wurde am 9. Juni 2024 mit 44.5 Prozent Ja-Anteil in der Stimmbevölkerung und 7.5 Ständesstimmen abgelehnt. Besonders hoch war der Ja-Anteil in der Westschweiz, im Tessin sowie im Kanton Basel-Stadt. Am deutlichsten abgelehnt wurde die Initiative in der Zentral- und Ostschweiz, mit Ja-Anteilen von unter 30 Prozent in einigen Kantonen (SZ, OW, NW, ZG, AI).²

² [Link zu bk.admin.ch](https://www.bk.admin.ch)

4.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

DIE POLITISCHEN EINSTELLUNGEN liefern Hinweise für das Nein zur Prämienentlastungs-Initiative (Tabelle 13).

INSGESAMT zeigt sich eine klare Unterscheidung zwischen links und rechts respektive den entsprechenden Parteisympathien. Personen, die sich als «links aussen» einstufen, haben die Vorlage zu 86 Prozent angenommen, während Personen von «rechts» oder «rechts aussen» die Vorlage sehr deutlich abgelehnt haben. Sehr ähnlich zeigt sich dies bei der Parteisympathie: 78 Prozent der SP-Sympathisierenden haben die Vorlage angenommen. Dies gilt jedoch nur für 14 Prozent der FDP-Sympathisierenden und 23 Prozent derjenigen, die der SVP nahestehen. Auch bei den Werthaltungen wird der politische Graben deutlich: 71 Prozent derjenigen, die eine Schweiz mit mehr Staatseingriffen in die Wirtschaft wünschen, waren für die Initiative, aber nur 28 Prozent derjenigen, die mehr Wettbewerb auf dem Markt fordern. Die Kluft im Abstimmungsverhalten war ebenso gross zwischen Stimmenden, die mehr Solidarität fordern, und jenen, die Eigenverantwortung höher gewichten.

Im **DETAIL** war für das Volks-Nein wesentlich, dass, obwohl «links» und «links aussen» (sehr) klar Ja gestimmt haben, die politische Mitte jedoch gespalten und die Rechte klar gegen die Vorlage war: Im **POLITISCHEN LINKS-RECHTS-SPEKTRUM** zeigt sich ein Ja-Anteil von 86 Prozent «links aussen» und 61 Prozent bei «links». Diejenigen, die sich in der Mitte einstufen, stimmten nur zu 43 Prozent Ja. Bei «rechts» und «rechts aussen» waren es 23 Prozent bzw. 17 Prozent.

Das Bild bei den **PARTEISYMPATHIEN** fällt ähnlich aus: Sympathisierende der SP haben mit 78 Prozent Ja gestimmt, Grüne-Sympathisierende sogar mit 83 Prozent. In den anderen Parteien war die Zustimmung tief: Mehrheitlich dagegen haben Sympathisierende der Mitte (37% Ja-Anteil) und der GLP (34% Ja-Anteil) gestimmt. Die Zustimmung der SVP-Sympathisierenden lag bei weniger als einem Viertel, bei den FDP-Sympathisierenden sogar bei 14 Prozent. Gespalten waren Stimmende, die einer anderen Partei nahestehen (48% Ja-Anteil). Personen, die mit keiner Partei sympathisieren, lehnten die Initiative eher ab (41% Ja-Anteil).

In Bezug auf das **VERTRAUEN** in verschiedene Verbände gab es ebenfalls deutliche Unterschiede: 74 Prozent der Stimmenden, die «sehr hohes» Vertrauen in die Gewerkschaften haben, stimmten Ja. Bei denjenigen, die «(sehr) geringes» Vertrauen in die Gewerkschaften haben, waren es nur 24 Prozent. Stimmende mit sehr hohem Vertrauen in Gesundheitsorganisationen und -verbände waren ebenfalls mehrheitlich dafür (56%). Unter denjenigen mit «hohem» Vertrauen war jedoch nur eine Minderheit für die Initiative (46%), bei «geringem» bis «mittlerem» Vertrauen waren die Zustimmungsraten noch niedriger (38% bzw. 40%). Interessanterweise gibt es aber keinen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Krankenkassen und der Stimmabsicht.

WERTEHALTUNGEN können das Stimmverhalten ebenfalls miterklären: Wer sich mehr Staatseingriffe in die Schweizer Wirtschaft wünscht, hat eher Ja gestimmt (71%). Wer dies hingegen nicht wünscht oder eine gemischte Werthaltung dazu hat, hat eher Nein gestimmt (28% resp. 45%). Das Gleiche gilt für Personen, die gesellschaftliche Solidarität höher gewichten als Eigenverantwortung: Der Ja-Anteil betrug 70 Prozent bei

denjenigen, die diese Werterhaltung teilen, jedoch nur 26 Prozent resp. 43 Prozent bei gegenteiliger oder gemischter Meinung.

Tabelle 13: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V / Standardfehler
total	44.5	1939	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.47***
linksaussen (0-2)	86	243	± 4.3
links (3-4)	61	373	± 5
Mitte (5)	43	468	± 4.5
rechts (6-7)	23	417	± 4.1
rechtsaussen (8-10)	17	298	± 4.3
Parteisympathie			V=.42***
SVP	23	357	± 4.4
FDP	14	292	± 4
Die Mitte	37	255	± 6
GLP	34	130	± 8.2
SP	78	374	± 4.2
Grüne	83	128	± 6.5
andere Partei	48	116	± 9.1
keine	41	163	± 7.6
Vertrauen in Gewerkschaften			V=.37***
sehr gering bis gering (0-4)	24	694	± 3.2
mittel (5)	45	433	± 4.7
hoch (6-7)	56	412	± 4.8
sehr hoch (8-10)	74	280	± 5.1
Vertrauen in Gesundheitsorganisationen und -verbände			V=.13***
sehr gering bis gering (0-4)	38	418	± 4.7
mittel (5)	40	491	± 4.3
hoch (6-7)	46	512	± 4.3
sehr hoch (8-10)	56	385	± 5
Vertrauen in Krankenkassen			V=.03
sehr gering bis gering (0-4)	45	872	± 3.3
mittel (5)	45	489	± 4.4
hoch (6-7)	42	340	± 5.3
sehr hoch (8-10)	41	196	± 6.9

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V / Standardfehler
Wertehaltung: A) eine Schweiz mit mehr Staatseingriffen in die Wirtschaft oder B) eine Schweiz mit mehr Wettbewerb auf dem Markt			V=.32***
mehr Staatseingriffe	71	373	± 4.6
gemischte Wertehaltung	45	734	± 3.6
mehr Wettbewerb	28	613	± 3.5
Wertehaltung: A) eine Schweiz, in der die Solidarität wichtiger ist als die Eigenverantwortung, oder B) eine Schweiz, in der die Eigenverantwortung wichtiger ist als die Solidarität?			V=.35***
Solidarität wichtiger	70	512	± 4
gemischte Wertehaltung	43	716	± 3.6
Eigenverantwortung wichtiger	26	566	± 3.6

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale (Tabelle 14) zeigen verschiedene signifikante Unterschiede, wobei gemäss Cramér's V die Unterschiede bei den Merkmalen **BILDUNGSGRAD**, **BESCHÄFTIGUNGSGRAD** und **HAUSHALTSEINKOMMEN** (sehr) schwach sind.

Personen ohne nachobligatorische **BILDUNG** oder mit Hochschulabschluss haben etwas häufiger Ja gestimmt (49%) als diejenigen mit einer beruflicher Grundbildung oder einem Maturitätsabschluss (42% bzw. 39%). Insgesamt haben aber Personen in allen Bildungsgruppen mehrheitlich Nein gestimmt. Beim **HAUSHALTSEINKOMMEN** besteht der auffälligste Unterschied darin, dass Stimmende in der höchsten Einkommenskategorie mit Abstand am seltensten Ja stimmten (35%). Personen, deren Haushaltseinkommen weniger als 11'000 CHF beträgt, stimmten häufiger Ja. Beispielsweise lag der Ja-Anteil bei Personen mit Haushaltseinkommen bis zu 3'000 CHF bei 51 Prozent. Das gilt aber ebenfalls für die Gruppe, die zwischen 9'000 und 11'000 CHF verdient (52%).

Hinsichtlich des **BESCHÄFTIGUNGSGRADS** zeigt sich, dass diejenigen mit einer Vollzeitbeschäftigung (90–100%) am seltensten Ja gestimmt haben (41%). Diejenigen, die Teilzeit zwischen 70–89 Prozent arbeiten, haben am ehesten Ja gestimmt (54%).

Aufgeschlüsselt nach **ALTER** und **GESCHLECHT** zeigen sich keine signifikanten Unterschiede im Stimmverhalten.

Tabelle 14: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
total	44.5	1939	
Alter			V=.05
18-29 Jahre	42	160	± 7.7
30-39 Jahre	50	218	± 6.7
40-49 Jahre	44	300	± 5.6
50-59 Jahre	43	367	± 5.1
60-69 Jahre	43	436	± 4.7
70 Jahre und älter	46	458	± 4.6
Geschlecht			V=.05
Frauen	47	967	± 3.1
Männer	42	972	± 3.1
Bildungsgrad			V=.08*
ohne nachobligatorische Bildung	49	173	± 7.5
berufliche Grundbildung/Berufslehre	42	574	± 4
Maturität/höhere Berufsbildung	39	522	± 4.2
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	49	618	± 3.9
Beschäftigungsgrad			V=0.1*
Vollzeit (90-100%)	41	1169	± 2.8
Teilzeit zwischen 70% und 89%	54	300	± 5.7
Teilzeit zwischen 50% und 69%	50	227	± 6.5
Teilzeit weniger als 50%	50	146	± 8.1
Haushaltseinkommen			V=.14***
bis 3'000 CHF	51	63	± 12.4
3'000-5'000 CHF	49	242	± 6.3
5'000-7'000 CHF	46	305	± 5.6
7'000-9'000 CHF	50	289	± 5.8
9'000-11'000 CHF	52	246	± 6.3
über 11'000 CHF	35	535	± 4

4.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 15) lassen sich in drei Überkategorien gliedern: «Dringlichkeit/Notwendigkeit» (38% aller Erstnennungen, 74% aller Nennungen), «Solidarität/Gerechtigkeit» (23% resp. 45%) und «persönliche Gründe» (9% resp. 16%).

Am häufigsten gaben Personen unter der Sammelkategorie **DRINGLICHKEIT/NOTWENDIGKEIT** als konkretes Ja-Motiv an, dass die Kosten im Gesundheitswesen bzw. die Prämien viel zu hoch sind (22% aller Erstnennungen, 34% aller Nennungen). In dieser Kategorie wurde zwar deutlich weniger häufig, aber dennoch von vielen erwähnt, dass der Kostenanstieg zu schnell ist (7% resp. 18%) oder dass man generell dringend etwas tun muss (6% resp. 12%).

Die zweite Kategorie bezieht sich auf die gesellschaftliche **SOLIDARITÄT/GERECHTIGKEIT**. Dabei war den Personen besonders wichtig, dass die Gesellschaft sich solidarisch gegenüber Personen oder Familien mit tiefen Einkommen zeigt (13% aller Erstnennungen, 21% aller Nennungen). Im Weiteren wurde genannt, dass der Mittelstand entlastet werden muss (2% resp. 6%), sowie dass die Prämien viel stärker steigen als die Einkommen (2% resp. 5%), was als unfair bewertet wird..

Als drittes Argument folgt der Bezug zu explizit **PERSÖNLICHEN GRÜNDEN**: Befragte nannten vor allem die persönliche finanzielle Entlastung (6% aller Erstnennungen, 10% aller Nennungen). Selten gaben sie an, dass sie auf eine Entlastung spezifisch angewiesen sind (1% resp. 2%) oder dass sie generell von der Initiative profitieren (0% resp. 1%).

Tabelle 15: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Dringlichkeit/Notwendigkeit	38	356	74	633
Die Kosten sind viel zu hoch	22	209	34	294
Kostenanstieg ist zu schnell	7	62	18	148
dringend etwas tun/Dringlichkeit (z.B. so kann es nicht weitergehen)	6	52	12	101
Solidarität/Gerechtigkeit	23	171	45	351
Solidarität mit Personen/Familien mit tiefen Einkommen	13	94	21	155
Mittelstand entlasten	2	14	6	45
Prämien steigen viel stärker als die Einkommen/Löhne/Renten	2	17	5	41
Persönliche Gründe	9	84	16	149
persönliche finanzielle Entlastung	6	59	10	90
ich bin darauf angewiesen	1	7	2	17
ich profitiere davon	0	5	1	9

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	3	32	15	117
Anderes	2	21	12	92
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	0	0	0
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	1	8	3	24
weiss nicht / kein Grund angegeben	23	222	66	629

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

Die **NEIN-MOTIVE** bei der Prämienentlastungs-Initiative können in drei Kategorien aufgeteilt werden: «Finanzierung» (26% aller Erstnennungen resp. 39% aller Nennungen), «Keine Kostendämpfung» (12% resp. 24%) und «unausgereifter Vorschlag» (9% resp. 22%).

Im Zentrum für das Nein unter dem Aspekt der **FINANZIERUNG** stand das Argument, wonach die Finanzierung der Initiative ungeklärt ist (9% aller Erstnennungen, 12% aller Nennungen). Ausserdem wurde oft genannt, dass die Vorlage grundsätzlich extrem teuer ist (8% resp. 10%) und dass eine Annahme zu Steuererhöhungen führt (5% resp. 8%).

Wer mit Bezug zu **KEINE KOSTENDÄMPFUNG** sein Nein begründete, betonte, dass die effektiven Kosten im Gesundheitswesen durch eine Annahme nicht sinken werden (4% resp. 9%). Ausserdem wurde erwähnt, dass die Initiative die Ursachen des Problems nicht bekämpft (3% resp. 6%) oder dass die Initiative die bestehenden Kosten nur verlagert (3% resp. 5%).

Unter der Kategorie **UNAUSGEREIFTER VORSCHLAG** fallen die Argumente, wonach die Vorlage zu undeutlich oder kompliziert ist (2% resp. 6%). Ebenso wurde argumentiert, dass mehr Umverteilung unerwünscht ist oder dass die Initiative gegenüber Besserverdienenden unfair ist (2% resp. 3%). Schliesslich monierten einige Befragte, dass die Initiative den Mittelstand nicht genügend berücksichtigt (1% bzw. 2%).

Tabelle 16: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Finanzierung	26	250	39	393
Finanzierung ist nicht geklärt	9	90	12	133
extrem teuer	8	77	10	98
Annahme führt zu höheren (kantonalen) Steuern	5	40	8	78
Keine Kostendämpfung	12	127	24	250
Initiative senkt die effektiven Kosten im Gesundheitswesen nicht	4	51	9	103
Ursachen werden nicht angegangen	3	29	6	53
Gesundheitskosten werden nur verlagert	3	29	5	54
Unausgereifter Vorschlag	9	107	22	249
zu undeutlich/kompliziert	2	27	6	70
es braucht keine (weitere) Umverteilung/unfair für Besser-verdienende	2	21	3	31
Vorlage berücksichtigt den Mittelstand nicht genug	1	15	2	28
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	16	177	28	307
Anderes	7	78	13	152
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	2	0	5
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	3	37	6	69
weiss nicht / kein Grund angegeben	27	267	75	773

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten notierten. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

4.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden auch verschiedene Pro- und Kontra-Argumente zur Beurteilung vorgelegt (Tabelle 17). Relevant für die Analyse dieser Argumente ist nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Die Stimmentscheide fielen inhaltlich vergleichsweise mittelmässig fundiert aus³: 69 Prozent der Stimmenden waren mit den Pro- oder Kontra-Argumenten im Durchschnitt einverstanden und haben auch entsprechend ihrer argumentativen Haltung gestimmt.

³ [Link zu SPSR-Artikel von Milic \(2015\)](#)

Der Grund für den vergleichsweise tiefen Wert ist, dass die Nein-Stimmenden auch den Ja-Argumenten mehrheitlich zustimmten.

INSGESAMT verweisen die Pro-Argumente darauf, dass es dringenden Handlungsbedarf bei den Prämienkosten gibt und insbesondere Bevölkerungsgruppen mit tiefen Einkommen eine Entlastung brauchen. Alle drei Pro-Argumente erreichten im Stimmvolk insgesamt mehr Zustimmung als die Kontra-Argumente.

IM DETAIL überzeugten alle drei **PRO-ARGUMENTE** eine Mehrheit der Ja-Stimmenden, nur eines aber auch eine Mehrheit der Nein-Stimmenden. Fast alle Ja-Stimmenden (93%) stimmten dem Argument zu, dass dringender Handlungsbedarf besteht, da die Prämien sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt haben. Auch eine grosse Mehrheit der Nein-Stimmenden stimmten diesem Argument zu (77%). 85 Prozent der Ja-Stimmenden stimmten dem Argument zu, dass die Prämientlastungs-Initiative Familien und andere Bevölkerungsgruppen mit tiefen bis mittleren Einkommen schützt. Nein-Stimmende sahen das aber mehrheitlich anders (42% nicht einverstanden, 17% weiss nicht/keine Angabe). Dass eine Annahme der Initiative den Druck weg von der Bevölkerung nimmt und in der Politik Anreize schafft, fanden über drei Viertel der Ja-Stimmenden (77%). Nur 39 Prozent der Nein-Stimmenden sahen das ebenfalls so.

Bei den drei **KONTRA-ARGUMENTEN** konnte einzig die Aussage, wonach die Initiative zu zusätzlichen Belastungen für den Mittelstand und Familien durch höhere Steuern führt, eine Mehrheit der Stimmenden überzeugen (55%). Bei den Nein-Stimmenden betrug der Anteil fast drei Viertel, bei den Ja-Stimmenden hingegen nur knapp ein Drittel. Dem Argument, dass weitere Prämienverbilligungen den Anreiz zum Sparen reduzieren, stimmten 47 Prozent der Stimmenden zu. Die Zustimmung lag im Nein-Lager bei etwa zwei Drittel, im Ja-Lager aber nur bei einem knappen Viertel. Auch das dritte Kontra-Argument, wonach sparsame Kantone die Prämienverbilligungen der anderen Kanton mitfinanzieren, erreicht keine Mehrheit unter den Stimmenden (44%). Immerhin 56 Prozent der Nein-Stimmenden waren mit dieser Aussage einverstanden, während fast ebenso viele im Ja-Lager gegenteiliger Meinung waren (54%).

Tabelle 17: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Es besteht dringender Handlungsbedarf, weil die Prämien für die Krankenkassen sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt haben, während die Löhne nur schwach angestiegen sind.	total	84	9	7
	Ja-Stimmende	93	2	4
	Nein-Stimmende	77	14	9
Von einer Prämiendeckung profitieren Familien, weil sie vor den explodierenden Prämien geschützt werden, ebenso wie Personen mit mittleren Einkommen und Pensionierte.	total	60	26	14
	Ja-Stimmende	85	7	8
	Nein-Stimmende	41	42	17
Durch eine Prämiendeckung verschiebt sich der Druck der steigenden Gesundheitskosten weg von den Prämienzahlenden hin zur Politik. Bund und Kantone haben so einen Anreiz die Gesundheitskosten einzudämmen.	total	56	27	17
	Ja-Stimmende	77	11	12
	Nein-Stimmende	39	41	20
Kontra-Argumente				
Die Initiative führt zu zusätzlichen Belastungen für den Mittelstand und Familien durch höhere Steuern, weil die Zusatzausgaben auch finanziert werden müssen.	total	55	32	13
	Ja-Stimmende	32	56	12
	Nein-Stimmende	74	14	12
Mit noch höheren Prämienentlastungen entfällt jeder Anreiz zum Sparen im Gesundheitswesen.	total	47	40	13
	Ja-Stimmende	24	63	12
	Nein-Stimmende	66	21	13
Sparsame Kantone müssen die Prämienverbilligung von Kantonen mit höheren Gesundheitskosten mitfinanzieren. Das ist ungerecht.	total	44	38	18
	Ja-Stimmende	32	54	14
	Nein-Stimmende	56	25	19

Es handelt sich um gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 84 Prozent aller Stimmenden (sowie 93% aller Ja-Stimmenden bzw. 77% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass dringender Handlungsbedarf besteht, weil die Prämien für die Krankenkassen sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt haben, während die Löhne nur schwach angestiegen sind. 9 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 7 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe» N für alle Argumente: Total 2'048 Ja-Stimmende 894, Nein-Stimmende 1'045.

5 Kostenbremse-Initiative

5.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die Kostenbremse-Initiative der Mitte-Partei soll, wie die Prämientlastungs-Initiative, die steigenden Kosten im Gesundheitswesen adressieren. Sie unterscheidet sich jedoch von der Prämientlastungs-Initiative dahingehend, dass sie – wie der Name verrät – die Kosten im Gesundheitswesen beschränken möchte. Konkret soll eine Kostenbremse eingeführt werden. Die Initiative kam im Juni 2020 mit 103'761 gültigen Unterschriften zustande.

Der Bundesrat und das Parlament empfahlen dem Stimmvolk, die Initiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)» abzulehnen. Den Räten und der Regierung ist die Vorlage einerseits zu unflexibel, andererseits werden in ihren Augen wesentliche Gründe für den Kostenanstieg nicht berücksichtigt. Dazu zählen namentlich die Alterung der Bevölkerung oder der medizinische Fortschritt. Die parlamentarische Abstimmung in beiden Kammern war geprägt durch einen relativ hohen Anteil Enthaltungen. Im Nationalrat stimmten 31 Volksvertreter:innen ja und 110 nein. Enthalten haben sich 55 Parlamentarier:innen. Im Ständerat lagen die Ja-Stimmen bei 14 und die Nein-Stimmen bei 20. Es gab 10 Enthaltungen. Die meisten Politiker:innen, die ihre Stimme nicht abgeben wollten, stammten aus der Grünen Fraktion sowie der Sozialdemokratischen Fraktion. Die meisten Grossparteien konnten der Initiative wenig abgewinnen. FDP, GPS, SP sowie die SVP unterstützten die Initiative nicht. Zu den Unterstützer:innen und Initiant:innen gehörte die Mitte-Partei. Zudem sprach sich santésuisse als Gesundheitsverband für die Vorlage aus. Andere namhafte Verbände wie der SGB, der SGV, economiesuisse und diverse Verbände von Leistungserbringer:innen wie die FMH, SBK oder pharmaSuisse unterstützten die Initiative hingegen nicht.

Die Kostenbremse-Initiative wurde am 9. Juni 2024 deutlich abgelehnt: 62.7 Prozent der Stimmbevölkerung und 18 Stände sagten Nein zum Vorhaben. Im Tessin sowie in Teilen der Westschweiz (FR, VS, NE, JU) erreichte die Initiative eine (knappe) Mehrheit. Die Ablehnung war in Appenzell Innerrhoden am höchsten (72.6%), gefolgt von Obwalden (72.2%) und der Waadt (71.5%).⁴

⁴ [Link zu bk.admin.ch](https://www.bk.admin.ch)

5.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

INSGESAMT gibt es keine Untergruppe des Stimmvolks, die die Kostenbremse-Initiative klar befürwortet hat. Am höchsten lag der Ja-Anteil bei Stimmenden, die sich als «links» oder in der politischen Mitte sehen bzw. der Mitte-Partei oder den Grünen nahestehen.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass keine Gruppe auf dem **LINKS-RECHTS-SPEKTRUM** entschieden für die Initiative stimmte. Personen, die sich als «links» oder in der politischen Mitte einordnen, waren gespalten (48% bzw. 52%). «Linksaussen» betrug der Ja-Anteil nur 38 Prozent. Bei Stimmenden, die sich «rechts» oder «rechtsaussen» sehen, war der Ja-Anteil besonders tief (26% bzw. 18%).

Die **PARTEIPRÄFERENZEN** stützen dieses Bild: Auch bei Sympathisierenden der initiiierenden Mitte-Partei haben nur die Hälfte Ja gestimmt. Überraschend ist der ähnlich hohe Ja-Anteil bei den Grünen (51%). 44 Prozent der SP-Sympathisierenden stimmten Ja und 39 Prozent derjenigen, die der GLP nahestehen. Bei Sympathisierenden der SVP und der FDP lag die Zustimmung nur bei etwa einem Fünftel. Personen, die mit einer anderen Partei sympathisieren, waren bezüglich der Kostenbremse gespalten (46% Ja-Anteil). Partei-lose tendierten klar zum Nein (38% Ja-Anteil).

Der Ja-Anteil korreliert auch (schwach) mit dem **VERTRAUEN** in die Gewerkschaften. 44 Prozent derjenigen, die «sehr hohes» Vertrauen in die Gewerkschaften haben, stimmten Ja; bei Personen mit «sehr geringem» oder «geringem» Vertrauen beträgt der Anteil 30 Prozent. Eine schwache Korrelation lässt sich auch beim Vertrauen in Spitalkader beobachten. Stimmende mit «(sehr) hohem» Vertrauen stimmten der Kostenbremse-Initiative seltener zu (31-35%) als solche mit «(sehr) geringem» oder «mittlerem» Vertrauen (41-42%). Analog zur Prämienentlastungs-Initiative gibt es keine signifikante Korrelation zwischen der Stimmabsicht und dem Vertrauen in die Krankenkassen.

In Bezug auf die **WERTEHALTUNGEN** zeigt sich, dass weder Personen, die einen stark ausgebauten Sozialstaat bevorzugen, noch solche, die den Sozialstaat schlank halten möchten, mehrheitlich für die Initiative waren. Die Zustimmung war bei Befürwortenden eines ausgebauten Sozialstaats jedoch höher (45%) als bei Gegner:innen (23%). Das Gleiche gilt bei Personen, die Solidarität wichtiger als Eigenverantwortung finden: In dieser Gruppe stimmten 45 Prozent Ja. Bei denjenigen, die Eigenverantwortung höher gewichteten, waren es 26 Prozent.

Tabelle 18: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Total	37.2	1860	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.26***
linksaussen (0-2)	38	236	± 6.2
links (3-4)	52	360	± 5.2
Mitte (5)	48	453	± 4.6
rechts (6-7)	26	397	± 4.3
rechtsaussen (8-10)	18	286	± 4.5

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Parteisympathie			V=.32***
SVP	22	340	± 4.4
FDP	20	273	± 4.7
Die Mitte	50	254	± 6.2
GLP	39	127	± 8.5
SP	44	355	± 5.2
Grüne	51	125	± 8.8
andere Partei	46	113	± 9.2
keine	38	151	± 7.8
Vertrauen in Gewerkschaften			V=.12***
sehr gering bis gering (0-4)	30	670	± 3.5
mittel (5)	42	416	± 4.8
hoch (6-7)	37	393	± 4.8
sehr hoch (8-10)	44	267	± 6
Vertrauen in Spitalkader			V=.09*
sehr gering bis gering (0-4)	41	419	± 4.7
mittel (5)	42	359	± 5.1
hoch (6-7)	31	464	± 4.2
sehr hoch (8-10)	35	525	± 4.1
Vertrauen in Krankenkassen			V=.07
sehr gering bis gering (0-4)	40	830	± 3.3
mittel (5)	37	473	± 4.4
hoch (6-7)	31	326	± 5
sehr hoch (8-10)	31	190	± 6.6
Wertehaltung: A) eine Schweiz mit einem stark ausgebauten Sozialstaat oder B) eine Schweiz mit einem gering ausgebauten Sozialstaat			V=.17***
stark ausgebauter Sozialstaat	45	848	± 3.4
gemischte Wertehaltung	33	664	± 3.6
gering ausgebauter Sozialstaat	23	259	± 5.2
Wertehaltung: A) eine Schweiz, in der die Solidarität wichtiger ist als die Eigenverantwortung, oder B) eine Schweiz, in der die Eigenverantwortung wichtiger ist als die Solidarität?			V=.16***
Solidarität wichtiger	45	491	± 4.4
gemischte Wertehaltung	41	689	± 3.7
Eigenverantwortung wichtiger	26	542	± 3.7

INSGESAMT haben die Subgruppen gemäss soziodemografischen Merkmalen alle mehrheitlich Nein gestimmt (Tabelle 19). Kein soziodemografisches Merkmal korreliert signifikant mit der Stimmabsicht bei der Kostenbremse-Initiative.

Tabelle 19: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V / Standardfehler
Total	37.2	1860	
Alter			V=.05
18-29 Jahre	34	153	± 7.5
30-39 Jahre	43	209	± 6.7
40-49 Jahre	38	288	± 5.6
50-59 Jahre	35	361	± 4.9
60-69 Jahre	35	408	± 4.6
70 Jahre und älter	39	441	± 4.6
Geschlecht			V=.01
Frauen	38	916	± 3.1
Männer	37	944	± 3.1
Bildungsgrad			V=.07
ohne nachobligatorische Bildung	41	160	± 7.7
berufliche Grundbildung/Berufslehre	42	544	± 4.1
Maturität/höhere Berufsbildung	35	513	± 4.1
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	34	594	± 3.8
Haushaltseinkommen			V=.09
bis 3'000 CHF	45	63	± 12.4
3'000-5'000 CHF	35	226	± 6.2
5'000-7'000 CHF	40	290	± 5.7
7'000-9'000 CHF	42	278	± 5.8
9'000-11'000 CHF	39	240	± 6.2
über 11'000 CHF	32	522	± 4

5.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 20) lassen sich in drei Überkategorien gliedern. Die am häufigsten genannten Argumente für ein Ja finden sich unter dem Titel «Dringlichkeit/Notwendigkeit» (35% der Erstnennungen resp. 47% aller Nennungen). Die anderen beiden thematischen Achsen betreffen «Sparpotenzial» (9% resp. 15%) und «Solidarität/Gerechtigkeit» (6% resp. 8%).

Beim Hauptargument **DRINGLICHKEIT/NOTWENDIGKEIT** geht es in erster Linie darum, dass die Kosten bzw. deren Anstieg als viel zu hoch empfunden werden (21% resp. 25%). Ebenfalls wurde genannt, dass eine Kostenbremse Verbindlichkeit schafft, damit Akteure im Gesundheitsbereich Verantwortung übernehmen (5% resp. 7%) und allgemein, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt (4% resp. 5%).

Innerhalb der Argumentation zum **SPARPOTENZIAL** findet sich einerseits die Forderung, dass das Gesundheitswesen effizienter werden muss (3% aller Erstnennungen, 4% aller Nennungen). Andererseits heben die Befragten hervor, dass die Kostenbremse-Initiative die Ursachen des Kostenproblems angeht (3% resp. 3%).

Als dritte Argumentationslinie finden sich Nennungen zum Thema **SOLIDARITÄT/GERECHTIGKEIT**. Zum einen wurde erwähnt, dass die aktuelle Prämiensituation Menschen in die Armut treibt (2% aller Erstnennungen, 3% aller Nennungen). Zum anderen wurde darauf hingewiesen, dass die Gesundheitskosten (unfairerweise) stärker als die Einkommen steigen (2% resp. 2%).

Tabelle 20: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Dringlichkeit/Notwendigkeit	35	249	47	323
die Kosten sind viel zu hoch/Kostenanstieg ist zu schnell	21	160	25	195
es braucht die Verbindlichkeit einer Kostenbremse, damit Akteure Verantwortung übernehmen	5	29	7	42
dringend etwas tun/Dringlichkeit (z.B. so kann es nicht weitergehen)	4	24	5	31
Sparpotenzial	9	66	15	103
Das Gesundheitswesen muss effizienter werden	3	19	4	26
Die Initiative setzt bei der Ursache des Kostenproblems an	3	18	3	21
Solidarität/Gerechtigkeit	6	51	8	64
die Leute können sich die Prämien nicht mehr leisten/Armutgefährdung	2	13	3	19
Gesundheitskosten steigen viel stärker als die Einkommen/Löhne/Renten	2	19	2	21

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	5	35	12	66
Anderes	3	24	5	36
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	3	1	3
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	0	3	1	6
weiss nicht / kein Grund angegeben	39	291	80	600

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **NEIN-MOTIVEN** standen drei Argumente im Vordergrund (Tabelle 21): Die Nein-Stimmenden verwiesen darauf, dass die Initiative unausgereift ist (26% aller Erstnennungen resp. 33% aller Nennungen), dass sie die Versorgungssicherheit tangiert (11% resp. 16%) und dass Alternativen wie der indirekte Gegenvorschlag bestehen (2% resp. 4%).

Am häufigsten wurde betont, dass es sich um einen **UNAUSGEREIFTEN VORSCHLAG** handelt. Diese Kritik konkretisiert sich in den folgenden drei Aussagen: Die Initiative geht die Ursachen des Problems nicht direkt an (11% aller Erstnennungen, 14% aller Nennungen), sie ist zu wenig konkret (6% resp. 7%) und die Folgen einer Annahme sind schwierig abzuschätzen (2% resp. 2%).

Die zweite Gruppe von Nein-Motiven bemängelt, dass die Vorlage die **VERSORGUNGSSICHERHEIT** gefährdet: Es wurde befürchtet, dass Versicherungen nicht mehr alle medizinischen Behandlungen vergüten (5% aller Erstnennungen, 7% aller Nennungen). Es bestand ebenfalls die Sorge, dass die medizinische Versorgung der Schweiz sich verschlechtern wird (3% resp. 5%). Schliesslich wurde auch angegeben, dass eine Annahme der Initiative das Gesundheitspersonal unter zusätzlichen Druck setzen wird (2% resp. 2%).

Als drittes Kontra-Argument wurde häufig der **INDIREKTE GEGENVORSCHLAG** erwähnt bzw., dass man ihn im Vergleich zur Initiative bevorzugt (2% aller Erstnennungen, 2% aller Nennungen). Des Weiteren wurde von manchen gefordert, dass die Politik dazu aufgefordert ist, eine neue, andere Lösung zu finden (0% resp. 1%).

Tabelle 21: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Unausgereifter Vorschlag	26	297	33	381
Initiative löst die zugrundeliegende Probleme nicht/ bekämpft Folgen statt Ursachen	11	172	14	172
Initiative ist zu wenig konkret/zu vage	6	82	7	82
Folgen einer Annahme sind unklar/schwierig abzuschätzen/kompliziert	2	25	2	25
Versorgungssicherheit	11	128	16	188
Initiative führt dazu, dass Versicherungen nicht mehr alle Behandlungen übernehmen	5	83	7	83
medizinische Versorgung in der Schweiz würde sich verschlechtern	3	57	5	57
Annahme würde das Gesundheitspersonal unter Druck setzen	2	22	2	22
Indirekter Gegenvorschlag	2	30	4	44
Bevorzugung des indirekten Gegenvorschlags	2	32	2	32
Politik muss eine neue/andere Lösung finden	0	10	1	10
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	8	73	9	93
Anderes	4	43	7	82
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	7	65	7	78
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	3	42	4	56
weiss nicht / kein Grund angegeben	40	456	85	961

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

5.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 22 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu den vorerwähnten Argumenten, wobei auch zwischen Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden wird. Je grösser diese Unterschiede ausfallen, desto eher waren sie bei der Abstimmung über die Kostenbremse-Initiative entscheidungsrelevant.

Die Stimmenscheide fielen inhaltlich vergleichsweise mittelmässig fundiert aus⁵: 65 Prozent der Stimmenden waren mit den Pro- oder Kontra-Argumenten im Durchschnitt einverstanden und haben auch entsprechend ihrer argumentativen Haltung gestimmt.

⁵ [Link zu SPSR-Artikel von Milic \(2015\)](#)

Der Grund für den vergleichsweise tiefen Wert ist, dass die Nein-Stimmenden auch den Ja-Argumenten mehrheitlich zustimmten.

INSGESAMT überzeugte vor allem ein Kontra-Argument die Stimmbevölkerung: Eine deutliche Mehrheit fand es falsch, dass die Gesundheitsversorgung an die Wirtschaftsentwicklung gekoppelt wird. Bei den Pro-Argumenten erhielt das Argument, wonach eine Kostenbremse die Akteure zu Einsparungen zwingt, eine knappe Mehrheit. Die anderen Pro- und Kontra-Argumente überzeugten nur Minderheiten der gesamten Stimmbevölkerung.

Bei den **PRO-ARGUMENTEN** gab eine Mehrheit von 53 Prozent an, dass die Kostenbremse wirkt, weil sie die Akteure zu Einsparungen zwingt. Über vier Fünftel der Ja-Stimmenden stimmten diesem Argument zu, jedoch nur 36 Prozent der Nein-Stimmenden. 74 Prozent der Ja-Seite fand, dass die Kostenbremse-Initiative die Prämienbelastung der Familien begrenzen kann, und 61 Prozent waren der Meinung, dass keine medizinische Leistungen abgebaut werden müssen, wenn effizienter gearbeitet wird. Das Effizienzargument genoss bei der Nein-Seite mehr Zustimmung (42%) als das Argument zur Prämienbelastung der Familien (28%).

Nur das **KONTRA-ARGUMENT**, wonach die Gesundheitsversorgung nicht an die Wirtschaftsentwicklung gekoppelt werden sollte, überzeugte eine Mehrheit der Ja- und Nein-Stimmenden (60% resp. 71%). Den anderen Kontra-Argumenten stimmte jeweils auch nur eine knappe Mehrheit der Nein-Stimmenden zu: 52 Prozent fanden, dass der Kostendeckel zu Rationierung in der Gesundheitsversorgung führt, und 54 Prozent befürchteten eine Zweiklassenmedizin. Auf der Ja-Seite gab es keine Mehrheiten für diese Aussagen (34% resp. 28% Ja-Anteile).

Tabelle 22: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Die Kostenbremse ist wirksam, weil sie alle Akteure des Gesundheitswesens an einen Tisch bringt. Sie müssen sich auf Einsparungen einigen.	Total	53	31	16
	Ja-Stimmende	82	7	11
	Nein-Stimmende	36	46	18
Wenn medizinische Leistungen effizienter erbracht werden müssen, kommt es nicht zu einem Abbau von Leistungen.	Total	48	31	21
	Ja-Stimmende	61	21	18
	Nein-Stimmende	42	37	21
Die steigende Prämienbelastung von Familien kann wirkungsvoll mit einer Kostenbremse im Gesundheitswesen effektiv gebremst werden.	Total	44	40	16
	Ja-Stimmende	74	15	10
	Nein-Stimmende	28	54	18
Kontra-Argumente				
Es ist falsch die Gesundheitsversorgung an die Wirtschaftsentwicklung zu koppeln. Gesundheitsversorgung darf nicht von der Konjunktur abhängig gemacht werden.	Total	67	18	16
	Ja-Stimmende	60	25	15
	Nein-Stimmende	71	14	15
Der geforderte Kostendeckel für grundversicherte Leistungen führt zu einer Rationierung der Gesundheitsversorgung.	Total	44	35	21
	Ja-Stimmende	34	49	17
	Nein-Stimmende	52	26	22
Mit der Kostenbremse wird die Zweiklassenmedizin salonfähig: Nur Personen, welche es sich finanziell leisten können, sind weiterhin gut versorgt.	Total	44	39	17
	Ja-Stimmende	28	59	12
	Nein-Stimmende	54	28	17

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 53 Prozent aller Stimmenden (sowie 82% aller Ja-Stimmenden bzw. 36% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass die Kostenbremse wirksam ist, weil sie alle Akteure des Gesundheitswesens an einen Tisch bringt. 31 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 16 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente: Total 2'048 Ja-Stimmende 722, Nein-Stimmende 1'138.

6 Freiheits-Initiative

6.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Vor rund viereinhalb Jahren erreichte die Corona-Pandemie die Schweiz. Um die Bevölkerung davor zu schützen und das Gesundheitswesen zu entlasten, implementierte der Bundesrat einschneidende Massnahmen. Die Forschung suchte nach Lösungen für die Bekämpfung der Pandemie. Eine Antwort war die Entwicklung eines Impfstoffes. Während Teile der Bevölkerung dem Impfstoff positiv gegenüberstanden, machte sich in anderen eine gewisse Skepsis breit. Aus diesem politischen Umfeld entstand der Verein Freiheitliche Bewegung Schweiz, der die Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit (Freiheits-Initiative)» lancierte. Sie fordert, dass jegliche Eingriffe in die körperliche oder geistige Unversehrtheit nur mit ausdrücklicher Zustimmung der betroffenen Person erfolgen dürfen. Die Initiative wurde im November 2020 mit 125'015 gültigen Unterschriften eingereicht.

Grundsätzlich ist der Schutz der körperlichen und geistigen Unversehrtheit durch den Staat sichergestellt. Die Initiative geht jedoch über das geltende Grundrecht hinaus. Sie möchte garantieren, dass Personen, die sich weigern, einem Eingriff zuzustimmen, weder bestraft noch benachteiligt werden. Da sich der Initiativtext nicht auf die «Impfung» per se bezieht, wären beispielsweise auch die Polizeiarbeit oder der Strafvollzug von der Vorlage betroffen.

Der Bundesrat und das Parlament empfahlen dem Stimmvolk die Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» abzulehnen. Weder im Ständerat (0 Ja, 37 Nein-Stimmen) noch im Nationalrat (49 Ja, 145 Nein-Stimmen) fanden sich Mehrheiten für das Volksbegehren. Die Empfehlung von Bundesrat und Parlament stützt sich auf die Bundesverfassung, in welcher bereits heute das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit gewährleistet ist. Von den fünf Grossparteien fasste einzig die SVP die Ja-Parole. Die FDP, die Mitte, GPL, GPS und SP lehnten die Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» ab. Für ein Nein haben sich zudem die Verbände SSV (Schweizerischer Städteverband), die KdK und die HotellerieSuisse ausgesprochen.

Die Freiheitsinitiative wurde am 9. Juni 2024 deutlich abgelehnt: 73.7 Prozent der Stimmbevölkerung und alle Kantone sagten Nein zum Vorhaben. Am meisten Zustimmung genoss die Initiative im Tessin (35.7%), im Jura (34.3%) und im Kanton Schwyz (34.0%). Die Nein-Seite war in Basel-Stadt und Zürich am stärksten (78.1% resp. 77.2% Nein).⁶

⁶ [Link zu bk.admin.ch](https://www.bk.admin.ch)

6.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

INSGESAMT haben SVP-Sympathisierende und Personen ohne Parteiaffinität am ehesten für die Freiheitsinitiative gestimmt, wobei beide Untergruppen gespalten waren. Klar für die Initiative waren Stimmende, die (sehr) geringes Vertrauen in das Bundesamt für Gesundheit BAG oder die nationale Covid-19-Taskforce haben. Personen, die sehr hohes Vertrauen in die Massnahmegegner:innen haben, stimmten grossmehrheitlich zu.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass der Ja-Anteil zur Initiative in linken Kreisen am tiefsten war. 24 Prozent der Stimmenden, die sich als «rechts» einschätzen, stimmten für die Freiheitsinitiative. Bei Personen in der politischen Mitte waren es 28 Prozent und bei «rechtsausen» sogar die Hälfte. Der Zusammenhang zwischen politischer Orientierung und Stimmabsicht ist signifikant und relativ stark ausgeprägt.

Die **PARTEIPRÄFERENZEN** stützen mehrheitlich dieses Bild. Unter den GLP-Sympathisierenden stimmte fast niemand für die Vorlage (2%), bei der SP, den Grünen und der Mitte waren es ebenfalls sehr wenige (12–13%). Es fällt auf, dass der Anteil bei Mitte-Sympathisierenden deutlich tiefer war als bei den Personen insgesamt, die sich in der Mitte des politischen Spektrums einordnen. 18 Prozent der FDP-Sympathisierenden stimmten Ja. Bei Stimmenden, die der SVP nahestehen, war es die Hälfte. Das gilt ebenso für die Parteiloseren (52%). Rund ein Drittel der Stimmenden, die anderen Parteien nahestehen, stimmten für die Initiative.

Der Ja-Anteil korreliert auch stark mit dem **VERTRAUEN** in verschiedene Institutionen. Während nur 12 Prozent derjenigen, die ein sehr hohes Vertrauen in das BAG haben, Ja stimmten, waren es bei Stimmenden, die dem Gesundheitsamt misstrauen, drei Fünftel. Das gleiche Muster zeigt sich bei Personen, die der Schweizer Covid-19-Taskforce nicht vertrauen (61% Ja-Anteil). Die Initiative stiess auf hohe Zustimmung bei Personen, die sehr hohes Vertrauen in die Covid-19-Massnahmegegner:innen haben (90%). Ebenfalls auffällig ist, dass die Zustimmung zur Initiative steigt, je geringer das Vertrauen in Hausärzt:innen ist.

Bezüglich den Werthaltungen wird ersichtlich, dass Stimmende, die einen gering ausgebauten Sozialstaat befürworten, eher Ja stimmten (43%) als Stimmende, die für einen starken Sozialstaat sind oder eine gemischte Werthaltung haben (21–23%). Das gilt ebenso für diejenigen, die den Kantonen mehr Macht geben möchten (42% Ja-Anteil) und für jene, die Eigenverantwortung wichtiger als Solidarität finden (45%).

Tabelle 23: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Total	26.3	1939	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.31***
linksaussen (0-2)	12	236	± 4.1
links (3-4)	10	357	± 3.2
Mitte (5)	28	429	± 4.3
rechts (6-7)	24	384	± 4.3
rechtsausen (8-10)	50	277	± 5.9

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Parteisympathie			V=.32***
SVP	50	324	± 5.5
FDP	18	265	± 4.6
Die Mitte	12	251	± 4.1
GLP	2	133	± 2.4
SP	12	352	± 3.4
Grüne	13	122	± 6.1
andere Partei	34	104	± 9.2
keine	52	135	± 8.5
Vertrauen in Bundesamt für Gesundheit BAG			V=.45***
sehr gering bis gering (0-4)	60	367	± 5
mittel (5)	23	285	± 4.9
hoch (6-7)	14	454	± 3.2
sehr hoch (8-10)	12	643	± 2.5
Vertrauen in Massnahmegegner:innen während Covid-19			V=0.5***
sehr gering bis gering (0-4)	14	1152	± 2
mittel (5)	39	258	± 6
hoch (6-7)	50	86	± 10.6
sehr hoch (8-10)	90	80	± 6.5
Vertrauen in Swiss National Covid-19 Task Force			V=.52***
sehr gering bis gering (0-4)	61	424	± 4.7
mittel (5)	23	232	± 5.4
hoch (6-7)	10	383	± 3
sehr hoch (8-10)	9	654	± 2.1
Vertrauen in Hausärzte			V=.19***
sehr gering bis gering (0-4)	49	108	± 9.5
mittel (5)	38	220	± 6.4
hoch (6-7)	25	403	± 4.2
sehr hoch (8-10)	21	1031	± 2.5
Wertehaltung: «eine Schweiz mit einem stark ausgebauten Sozialstaat oder eine Schweiz mit einem gering ausgebauten Sozialstaat»			V=.18***
stark ausgebauter Sozialstaat wichtiger	21	821	± 2.8
gemischte Wertehaltung	24	637	± 3.3
gering ausgebauter Sozialstaat wichtiger	43	252	± 6.1

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Wertehaltung: «eine Schweiz, in der der Bund mehr Macht hat, oder eine Schweiz, in der die Kantone mehr Macht haben»			V=.24***
Bund mehr Macht	15	428	± 3.4
gemischte Wertehaltung	22	716	± 3
Kantone mehr Macht	42	441	± 4.6
Wertehaltung: «eine Schweiz, in der die Solidarität wichtiger ist als die Eigenverantwortung, oder eine Schweiz, in der die Eigenverantwortung wichtiger ist als die Solidarität?»			V=.31***
Solidarität wichtiger	15	478	± 3.2
gemischte Wertehaltung	18	674	± 2.9
Eigenverantwortung wichtiger	45	519	± 4.3

INSGESAMT haben die Subgruppen gemäss soziodemografischen Merkmalen alle mehrheitlich Nein gestimmt (Tabelle 24). Es gibt signifikante Korrelationen zwischen dem Bildungsgrad und dem Stimmverhalten sowie zwischen dem Haushaltseinkommen und dem Stimmverhalten.

IM DETAIL fällt auf, dass Personen mit einem Hochschulabschluss deutlich seltener Ja stimmten (16%) als Personen mit anderen Bildungsabschlüssen (30–32%). Ausserdem steigt der Ja-Anteil tendenziell bei Stimmenden mit tieferen Einkommen. Bei Haushaltseinkommen zwischen 3'000 und 7'000 CHF hat etwa ein Drittel Ja gestimmt, bei Einkommen unter 3'000 CHF stimmte gar eine Mehrheit Ja (56%). Der Ja-Anteil betrug bei Stimmenden mit Einkommen über 11'000 CHF hingegen nur 18 Prozent.

Tabelle 24: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Total	26.3	1939	
Alter			V=.03
18-29 Jahre	27	155	± 7
30-39 Jahre	24	200	± 6
40-49 Jahre	28	269	± 5.4
50-59 Jahre	24	340	± 4.5
60-69 Jahre	26	399	± 4.3
70 Jahre und älter	27	427	± 4.2
Geschlecht			V=.01
Frauen	26	868	± 2.9
Männer	27	922	± 2.9
Bildungsgrad			V=.17***
ohne nachobligatorische Bildung	32	146	± 7.6
berufliche Grundbildung/Berufslehre	32	526	± 4
Maturität/höhere Berufsbildung	30	488	± 4.1
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	16	589	± 2.9
Haushaltseinkommen			V=0.2***
bis 3'000 CHF	56	61	± 12.5
3'000-5'000 CHF	32	213	± 6.3
5'000-7'000 CHF	34	281	± 5.6
7'000-9'000 CHF	20	269	± 4.8
9'000-11'000 CHF	24	233	± 5.5
über 11'000 CHF	18	514	± 3.3

6.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 25) lassen sich in zwei Überkategorien gliedern. Die am häufigsten genannten Argumente für ein Ja finden sich unter dem Titel «Individuelle Freiheit» (33% der Erstnennungen resp. 49% aller Nennungen). Die andere thematischen Achse betrifft «Gesellschaftliche Ausgrenzung» (16% resp. 33%).

Beim Hauptargument **INDIVIDUELLE FREIHEIT** wurde am häufigsten genannt, dass individuelle Freiheitsrechte nicht eingeschränkt werden dürfen (22% resp. 28%). Ebenfalls wurde erwähnt, dass der Staat nicht über den Körper einer Person entscheiden darf (10% resp. 19%).

Bezüglich dem Thema **GESELLSCHAFTLICHE AUSGRENZUNG** wurde vor allem betont, dass Menschen nicht diskriminiert werden dürfen wegen ihrer Haltung zu Impfungen oder sonstigen Eingriffen (6% aller Erstnennungen, 13% aller Nennungen). Fast so häufig genannt wurde das Argument, wonach die Massnahmen während der Covid-19-Pandemie übertrieben gewesen sind (5% resp. 13%). Schliesslich argumentierten einige, dass es in der Schweiz kein Impfblogatorium geben darf (4% resp. 6%).

Tabelle 25: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Individuelle Freiheit	33	126	49	188
individuelle Freiheitsrechte dürfen nicht eingeschränkt werden	22	81	28	108
der Staat/die Politik darf nicht über meinen Körper entscheiden	10	40	19	68
Gesellschaftliche Ausgrenzung	16	63	33	114
Menschen dürfen nicht wegen ihrer Haltung zu Impfungen/sonstigen geistigen Eingriffen gesellschaftlich ausgegrenzt	6	23	13	40
Die Massnahmen gegen die Covid-19-Pandemie waren unverhältnismässig/übertrieben	5	21	13	43
es darf kein Impfblogatorium in der Schweiz geben	4	13	6	22
Allgemeines	4	12	6	15
Anderes	2	9	6	17
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	169	1	4
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	1	3	1	3
weiss nicht / kein Grund angegeben	40	169	75	309

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **NEIN-MOTIVEN** standen ebenfalls zwei Argumente im Vordergrund (Tabelle 26): Die Nein-Stimmenden fanden den Vorschlag übertrieben (24% aller Erstnennungen resp. 41% aller Nennungen) oder nicht notwendig (28% resp. 37%).

Über alle Nennungen hinweg wurde am häufigsten die Kategorie **ÜBERTRIEBENER VORSCHLAG** betont. Die Befragten zeigten Unverständnis für die Initiant:innen und ihr Vorhaben (7% aller Erstnennungen resp. 15% aller Nennungen), betonten, dass der Staat im Sinne des Kollektivs manchmal schwierige Entscheidungen treffen muss (6% resp. 10%), oder argumentierten, dass individuelle Freiheit nicht über alles andere zu stehen kommt (4% resp. 5%).

Die zweite Gruppe von Nein-Motiven betont, dass es sich um einen **UNNÖTIGEN VORSCHLAG** handelt: Denn das Grundrecht auf körperliche und geistige Unversehrtheit ist bereits in der Bundesverfassung verankert (14% aller Erstnennungen, 17% aller Nennungen). Selten wurde erwähnt, dass die Impfung eine wirksame Massnahme während der Pandemie gewesen ist (3% resp. 5%), oder dass es bereits heute nicht möglich ist, eine Person ohne deren Zustimmung zu impfen (2% resp. 4%).

Tabelle 26: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Übertriebener Vorschlag	24	314	41	547
Kein Verständnis für Initianten und deren Absicht	7	91	15	187
Der Staat muss manchmal im Sinne des Kollektivwohls (schwierige) Entscheidungen treffen	6	93	10	140
Individuelle Freiheit steht nicht über alles	4	49	5	81
Unnötiger Vorschlag	28	383	37	499
Grundrecht auf körperliche und geistige Unversehrtheit ist bereits in der Bundesverfassung verankert	14	201	17	233
Impfung als wirksame Massnahme während der Covid-19-Pandemie	3	46	5	69
Bereits heute darf niemand ohne Zustimmung geimpft werden	2	33	4	53
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	8	106	10	139
Anderes	2	28	4	45
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	20	1	23
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	2	30	4	47

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
weiss nicht / kein Grund angegeben	33	485	77	1100

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

6.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 27 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu den vorerwähnten Argumenten, wobei auch zwischen Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden wird. Je grösser diese Unterschiede ausfallen, desto eher waren sie relevant beim Entscheid über die Freiheitsinitiative.

Die Stimmmentscheide fielen inhaltlich vergleichsweise fundiert aus⁷: 74 Prozent der Stimmenden waren mit den Pro- oder Kontra-Argumenten im Durchschnitt einverstanden und haben auch entsprechend ihrer argumentativen Haltung gestimmt.

INSGESAMT überzeugte vor allem ein Kontra-Argument die Stimmenden: 73 Prozent des Stimmvolks stimmten zu, dass die körperliche und geistige Unversehrtheit schon heute in der Verfassung verankert ist und deswegen schon heute niemand ohne Zustimmung geimpft werden darf. Die Kontra-Argumente stiessen generell auf mehr Zustimmung als die Pro-Argumente.

Die **PRO-ARGUMENTE** erfuhren in der Stimmbevölkerung mehrheitlich Ablehnung, mit einer Ausnahme: Eine knappe Mehrheit der Stimmenden fand, dass der Mensch nur frei ist, wenn er in Eigenverantwortung bestimmen kann, was in seinen Körper kommt (51%). Bei den Befürworter:innen der Initiative stimmten 83 Prozent zu, bei den Gegner:innen jedoch nur 41 Prozent. Das Argument, wonach eine mögliche Impfpflicht zu einer Zweiklassengesellschaft führt, überzeugte nur 39 Prozent der Stimmenden.

Die drei **KONTRA-ARGUMENTE** stiessen auf unterschiedlich viel Zustimmung. Während eine deutliche Mehrheit der Stimmenden der Meinung war, dass die körperliche und geistige Unversehrtheit schon heute in der Verfassung verankert ist (73% Ja-Anteil), waren die Stimmenden bei den Argumenten «Eine Impfpflicht kann bei einer erneuten Epidemie verhindern, dass strengere Schutzmassnahmen bis hin zu einem erneuten Lockdown nötig werden» und «Die Forderung der uneingeschränkten körperlichen Unversehrtheit geht weit über die Frage des Impfens hinaus, was zu grosser Rechtsunsicherheit etwa in Bezug auf den Strafvollzug führt» gespalten (49–53%). Während das Argument zur bereits bestehenden Verfassungsgrundlage auch eine Mehrheit der Ja-Stimmenden überzeugte (54%), gilt dies nicht für die anderen beiden Kontra-Argumenten (24–38%).

⁷ [Link zu SPSR-Artikel von Milic \(2015\)](#)

Tabelle 27: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Der Mensch ist nur frei, wenn er in Eigenverantwortung mit überzeugtem Ja selbst bestimmen kann, was in seinen Körper kommt, und nicht die Politik.	Total	51	37	12
	Ja-Stimmende	83	9	8
	Nein-Stimmende	41	48	11
Eine mögliche Impfpflicht führt zu einer Zweiklassengesellschaft. Personen, die sich nicht Impfen lassen, werden Grundrechte entzogen.	Total	39	50	11
	Ja-Stimmende	72	17	11
	Nein-Stimmende	27	63	9
Obwohl die körperliche und geistige Unversehrtheit bereits in der Verfassung verankert ist, hat die Covid-Pandemie gezeigt, dass man sich hierbei nicht auf die Politik verlassen kann.	Total	34	54	11
	Ja-Stimmende	76	14	10
	Nein-Stimmende	20	70	10
Kontra-Argumente				
Die körperliche und geistige Unversehrtheit ist schon heute in der Verfassung verankert. Dank dieses Grundrechts darf schon heute niemand ohne Zustimmung geimpft werden.	Total	73	14	13
	Ja-Stimmende	54	30	16
	Nein-Stimmende	82	9	9
Eine Impfpflicht kann bei einer erneuten Epidemie verhindern, dass strengere Schutzmassnahmen bis hin zu einem erneuten Lockdown nötig werden.	Total	53	34	14
	Ja-Stimmende	24	63	13
	Nein-Stimmende	65	23	12
Die Forderung der uneingeschränkten körperlichen Unversehrtheit geht weit über die Frage des Impfens hinaus, was zu grosser Rechtsunsicherheit etwa in Bezug auf den Strafvollzug führt.	Total	49	23	27
	Ja-Stimmende	38	32	29
	Nein-Stimmende	55	21	24

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 51 Prozent aller Stimmenden (sowie 83% aller Ja-Stimmenden bzw. 41% aller Nein-Stimmenden) pflchteten dem Pro-Argument bei, dass der Mensch nur frei ist, wenn er selbst bestimmen kann, was in seinen Körper kommt. 37 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 12 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente: Total 2'048 Ja-Stimmende 395, Nein-Stimmende 1'395.

7 Stromgesetz

7.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die Veränderungen in der europäischen Stromversorgung und internationale Konflikte können es erschweren, die Schweiz in den Wintermonaten mit genügend Strom zu versorgen. Darüber hinaus besteht in der Schweiz ein zusätzlicher Bedarf an Strom, beispielsweise für die Wirtschaft, Elektroautos oder auch Wärmepumpen. Um die Stromversorgung zu sichern, verabschiedete das Parlament das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Gegen das geplante Gesetz wurde von der Fondation Franz Weber, dem Verband für Freie Landwirtschaft Schweiz und weiteren kleineren Organisationen das Referendum ergriffen. Mit 63'277 gültigen Stimmen erklärte die Bundeskanzlei das Referendum im Januar 2024 als zustande gekommen.

Ziel der Vorlage ist es, möglichst schnell mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen wie Wasser, Sonne, Wind und Biomasse herstellen zu können. Dadurch soll eine unabhängige Stromversorgung gewährleistet werden. Dabei handelt es sich um ein Bündel mehrerer Gesetze, die verschiedene erneuerbare Energien betreffen, auch bekannt unter dem Namen «Mantelerlass».

Der Bundesrat und das Parlament empfahlen dem Stimmvolk, das «Bundesgesetz vom 29. September 2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes)» anzunehmen. Beide Kammern stimmten der Vorlage mehrheitlich zu. 177 Nationalrät:innen stimmten für und 19 gegen die Vorlage. Im Ständerat wurde das Gesetz zur Stromversorgung einstimmig angenommen (44 Ja, 0 Nein). Das Stromgesetz wurde von Mitte-Links unterstützt, wobei in diesem Fall die FDP und die Mitte-Partei die gleichen Abstimmungsabsichten aufwiesen wie die SP und die GPS. Die SVP stellte sich gegen das Gesetz des eigenen Bundesrates. Von den Verbänden erfuhr die Vorlage grösstenteils Unterstützung. Unter den Befürwortenden waren zum Beispiel die economiesuisse, der SGV, Travail.Suisse, der VCS wie auch der VSE.

Das Referendum gegen das Stromgesetz scheiterte am 9. Juni 2024 klar: 68.7 Prozent der Stimmbevölkerung sagten Ja zum Bundesgesetz. Kein Kanton lehnte die Vorlage mehrheitlich ab. Die höchsten Ja-Anteile waren in Kantonen mit grösseren Städten zu beobachten (ZH, BE, LU, BS, VD, GE; allesamt Ja-Anteile von über 70%).⁸

⁸ [Link zu bk.admin.ch](https://www.bk.admin.ch)

7.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

INSGESAMT stimmten weite Teile des politischen Spektrums für das Stromgesetz. Nur bei Stimmenden, die sich als «rechtsaussen» bezeichnen, gab es keine Mehrheit. Bei den Parteien lehnten einzig die Sympathisierenden der SVP die Vorlage mehrheitlich ab. Das Vertrauen in verschiedene Akteure im Strombereich sowie weitere politische Wertehaltungen korrelieren ebenfalls signifikant mit dem Stimmverhalten.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass das Ja insbesondere im linken Lager ausgeprägt war. 93 Prozent resp. 89 Prozent der Stimmenden, die sich als «links»/«linkaussen» bezeichnen, waren für das Stromgesetz. Knapp drei Viertel der Personen in der politischen Mitte stimmten zu; bei denjenigen, die sich als «rechts» einordnen, waren es 62 Prozent. Hingegen stimmte nur jede dritte Person «rechtsaussen» der Vorlage zu.

Die **PARTEIPRÄFERENZEN** verdeutlichen, dass die Zustimmung bei den linken oder grünen Parteien am höchsten ausfiel. 99 Prozent der GLP-Sympathisierenden waren für die Vorlage sowie jeweils 91 Prozent der SP- und Grüne-Sympathisierenden. Unter Stimmenden, die der Mitte nahestehen, fiel der Ja-Anteil ebenfalls sehr hoch aus (87%). Rund zwei Drittel der FDP-Sympathisierenden stimmten Ja. Bei Personen, die der SVP nahestehen, waren im Gegensatz dazu rund zwei Drittel dagegen. Parteilose lehnten das Stromgesetz ebenfalls mehrheitlich ab (46% Ja-Anteil).

Zudem hängt das **VERTRAUEN** in verschiedene Institutionen mit dem Ja-Anteil zusammen. Je höher das Vertrauen in Umweltverbände, Stromkonzerne oder kantonale Regierungen, desto höher fiel der Ja-Anteil aus. Allerdings war auch eine Mehrheit derjenigen, die den Stromkonzernen nicht vertrauen, für die Vorlage (59%). Personen, die ein sehr hohes Vertrauen in die Referendumsführer Fondation Franz Weber und das Naturkomitee gegen das Stromgesetz haben, lehnten das Vorhaben mehrheitlich ab (38% Ja-Anteil). Stimmende, die immerhin ein «hohes» Vertrauen in die Referendumsführer haben, waren jedoch in der Tendenz dafür (59%).

Mit Blick auf die Wertehaltungen korrelieren die Bevorzugung von Umweltschutz (gegenüber wirtschaftlichem Wohlstand), einer Schweiz ohne Atomenergie (gegenüber einer Schweiz mit Atomenergie) sowie gesellschaftlicher Solidarität (gegenüber Eigenverantwortung) signifikant mit einem höheren Ja-Anteil. 84-87 Prozent dieser Stimmenden votierten für die Vorlage. Bei den Personen mit gemischter Werthaltung war die Zustimmung ebenfalls sehr hoch (70-78%).

Tabelle 28: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	68.7	1841	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.45***
linksaussen (0-2)	89	237	± 4
links (3-4)	93	356	± 2.7
Mitte (5)	73	450	± 4.1
rechts (6-7)	62	399	± 4.8
rechtsaussen (8-10)	33	282	± 5.5
Parteisympathie			V=.54***
SVP	32	338	± 5
FDP	67	270	± 5.6
Die Mitte	87	259	± 4.1
GLP	99	128	± 1.5
SP	91	360	± 3
Grüne	91	119	± 5.2
andere Partei	64	107	± 9.1
keine	46	147	± 8.1
Vertrauen in Umweltverbände			V=.41***
sehr gering bis gering (0-4)	46	618	± 3.9
mittel (5)	70	341	± 4.9
hoch (6-7)	86	423	± 3.3
sehr hoch (8-10)	89	382	± 3.1
Vertrauen Stromkonzerne			V=.21***
sehr gering bis gering (0-4)	59	781	± 3.4
mittel (5)	77	463	± 3.8
hoch (6-7)	81	326	± 4.3
sehr hoch (8-10)	79	163	± 6.2
Vertrauen in kantonale Regierungen			V=.30***
sehr gering bis gering (0-4)	48	359	± 5.2
mittel (5)	66	417	± 4.5
hoch (6-7)	78	553	± 3.5
sehr hoch (8-10)	84	455	± 3.4

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Wertehaltung: «A) eine Schweiz, in der Umweltschutz wichtiger ist als der wirtschaftliche Wohlstand, oder B) eine Schweiz, in der wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger ist als der Umweltschutz»			V=.33***
Umweltschutz wichtiger	84	605	± 2.9
gemischte Wertehaltung	70	754	± 3.3
wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger	43	355	± 5.2
Wertehaltung: A) eine Schweiz mit Atomenergie, oder B) eine Schweiz ohne Atomenergie			V=.38***
mit Atomenergie	48	610	± 4
gemischte Wertehaltung	74	418	± 4.2
ohne Atomenergie	87	716	± 2.5
Wertehaltung: A) eine Schweiz, in der die Solidarität wichtiger ist als die Eigenverantwortung, oder B) eine Schweiz, in der die Eigenverantwortung wichtiger ist als die Solidarität?			V=.37***
Solidarität wichtiger	86	493	± 3.1
gemischte Wertehaltung	78	688	± 3.1
Eigenverantwortung wichtiger	46	538	± 4.2

INSGESAMT haben das Alter und das Geschlecht der Befragten keinen Zusammenhang mit dem Stimmverhalten. Bezüglich Bildungsniveau und Haushaltseinkommen zeigen sich hingegen (schwache) Zusammenhänge.

IM DETAIL lässt sich ein höherer Ja-Anteil für das Stromgesetz beobachten, je höher der Bildungsgrad der Stimmenden ist. Personen mit einem Hochschulabschluss (80%) sagten deutlich häufiger Ja als die anderen Untergruppen (61–67%). Beim Haushaltseinkommen zeigt sich eine ähnliche Differenz zwischen tieferen und höheren Einkommen: Nur die Hälfte der Stimmenden mit einem Einkommen bis zu 3'000 CHF stimmte Ja. Unter den Personen mit einem Einkommen ab 9'000 CHF lag die Zustimmung bei über drei Vierteln (76–78%).

Tabelle 29: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V / Standardfehler
Total	68.7	1841	
Alter			V=.07
18-29 Jahre	71	153	± 7.2
30-39 Jahre	76	200	± 5.9
40-49 Jahre	71	274	± 5.4
50-59 Jahre	66	353	± 5
60-69 Jahre	66	412	± 4.6
70 Jahre und älter	68	449	± 4.3
Geschlecht			V=.01
Frauen	68	906	± 3
Männer	69	935	± 3
Bildungsgrad			V=.18***
ohne nachobligatorische Bildung	61	162	± 7.5
berufliche Grundbildung/Berufslehre	61	546	± 4.1
Maturität/höhere Berufsbildung	67	496	± 4.2
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	80	591	± 3.2
Haushaltseinkommen			V=.19***
bis 3'000 CHF	50	63	± 12.4
3'000-5'000 CHF	57	227	± 6.4
5'000-7'000 CHF	61	287	± 5.6
7'000-9'000 CHF	73	275	± 5.3
9'000-11'000 CHF	76	230	± 5.6
über 11'000 CHF	78	517	± 3.6

7.3 Die Motive

Mittels einer offenen Frage wurden die wichtigsten Motive für oder gegen das Stromgesetz erhoben. Bei den **JA-MOTIVEN** (Tabelle 30) kristallisieren sich zwei Oberkategorien heraus: «Förderung der erneuerbaren Energien» (39% der Erstnennungen resp. 73% aller Nennungen) sowie «Souveränität/Versorgungssicherheit» (26% resp. 46%).

Beim Hauptargument **FÖRDERUNG DER ERNEUERBAREN ENERGIEN** wurde am häufigsten hervor-gehoben, dass der Ausbau von Solar-, Wasser- und Windkraft dringend ist (11% der Erstnennungen resp. 20% aller Nennungen). Ebenfalls erwähnt wurden die Argumente, wonach das Stromgesetz hilft, die Klimaziele zu erreichen (6% resp. 11%), beziehungsweise dass der Klimawandel zu stoppen ist (5% resp. 10%).

Unter der Kategorie **SOUVERÄNITÄT/VERSORGUNGSSICHERHEIT** wiesen die Befragten insbesondere darauf hin, dass das Gesetz die Abhängigkeit vom Ausland im Strombereich verringert (6% resp. 11%). Zudem erwähnten die Stimmenden, dass die Schweiz immer mehr Strom benötigt (3% resp. 5%).

Tabelle 30: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Förderung der erneuerbaren Energien	39	510	73	916
es braucht dringend mehr erneuerbare Energien (z.B. Solar-energie, Wasserkraft, Windkraft)	11	141	20	256
Gesetz trägt zur Erreichung der Klimaziele bei	6	75	11	139
Klimawandel stoppen	5	61	10	112
Souveränität/Versorgungssicherheit	26	363	46	623
Gesetz verringert die Abhängigkeit vom Ausland in der Stromversorgung	6	96	11	163
die Schweiz braucht immer mehr Strom	3	33	5	64
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	2	28	3	37
Anderes	1	11	2	27
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	0	0	4
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	3	32	5	67
weiss nicht / kein Grund angegeben	27	451	72	1077

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **NEIN-MOTIVEN** stachen drei Argumente hervor (Tabelle 31): Die Nein-Stimmenden verwiesen auf bessere Alternativen (25% aller Erstnennungen resp. 49% aller Nennungen), auf die Einschränkung des Naturschutzes durch das Gesetz (18% resp. 33%) und auf fehlende Mitspracherechte (12% resp. 23%).

Die Befragten gaben am häufigsten an, dass es **BESSERE ALTERNATIVEN** zum vorliegenden Gesetz gibt. In dieser Kategorie wurde einerseits eine Abneigung gegenüber Windkraft ausgedrückt (7% aller Erstnennungen, 14% aller Nennungen), andererseits argumentiert, dass die Abkehr von fossilen Energien nicht sinnvoll ist (5% resp. 10%), oder dass Energie gespart werden muss, statt neue Anlagen zu bauen (3% resp. 6%).

Die zweite Gruppe von Nein-Motiven moniert die **EINSCHRÄNKUNG DES NATURSCHUTZES**: Für manche Befragte führt das Gesetz zur Verschandelung von Landschaften (6% aller Erstnennungen, 12% aller Nennungen). Andere kritisierten, dass der Natur- und Landschaftsschutz mit dem Gesetz konsequent der Stromerzeugung untergeordnet wird (5% resp. 9%).

Schliesslich bemängelten die Nein-Stimmenden **FEHLENDE MITSPRACHERECHTE**. Für einige Befragte sind die im Gesetz vorgesehenen Massnahmen antidemokratisch (5% aller Erstnennungen, 10% aller Nennungen). Zudem wurde erwähnt, dass das Gesetz ein Freipass für einschneidende Projekte darstellt (3% resp. 4%).

Tabelle 31: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Bessere Alternativen	25	108	49	200
Abneigung gegenüber Windkraft (bzgl. Ästhetik, Lärm, Effizienz)	7	52	14	52
Abkehr von fossilen Energien ist nicht nötig/unsinnig	5	36	10	36
Energie sparen statt mehr bauen	3	24	6	24
Einschränkung des Naturschutzes	18	82	33	134
Gesetz führt zur Verschandelung von Landschaften (z.B. durch Grossanlagen für Solarenergie oder Windparks)	6	47	12	47
Der Natur- und Landschaftsschutz wird der Stromproduktion konsequent untergeordnet	5	44	9	44
Fehlende Mitspracherechte	12	42	23	75
Anti-demokratische Massnahmen	5	34	10	34
Gesetz ist ein Freipass für einschneidende Projekte	3	12	4	12
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	8	73	9	93
Anderes	4	43	7	82
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	7	65	7	78
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	3	42	4	56
weiss nicht / kein Grund angegeben	40	456	85	961

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

7.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 32 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu den genannten Argumenten, wobei auch zwischen Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden wird. Je grösser diese Unterschiede ausfallen, desto eher waren sie bei der Abstimmung über das Stromgesetz entscheidungsrelevant.

Die Stimmentscheide fielen inhaltlich vergleichsweise sehr fundiert aus⁹: 82 Prozent der Stimmenden waren mit den Pro- oder Kontra-Argumenten im Durchschnitt einverstanden und haben auch entsprechend ihrer argumentativen Haltung gestimmt.

INSGESAMT erhielten die Pro-Argumente deutlich mehr Zustimmung als die Kontra-Argumente. Alle drei Pro-Argumente fanden unter den Stimmenden mehrheitliche

⁹ [Link zu SPSR-Artikel von Milic \(2015\)](#)

Zustimmung. Bei den Kontra-Argumenten erreichte keines eine mehrheitliche Zustimmung.

Das Stimmvolk war mit den **PRO-ARGUMENTEN** mehrheitlich einverstanden. Knapp vier Fünftel waren der Meinung, dass das Gesetz die Stromproduktion in der Schweiz fördert und damit die Abhängigkeiten vom Ausland verringert. Unter den Ja-Stimmenden betrug der Anteil 92 Prozent, auch unter den Nein-Stimmenden gab es mehrheitliche Zustimmung (53%). Knapp zwei Drittel der Stimmbevölkerung stimmten weiter den Aussagen zu, dass das Stromgesetz unerlässlich ist für die Energiewende und die Bekämpfung des Klimawandels, sowie dass die Stromversorgung im Winter durch Wind- und alpine Solaranlagen verbessert wird. Bei den Ja-Stimmenden lag die Zustimmung zwischen 82–87 Prozent, bei den Nein-Stimmenden zwischen 21–26 Prozent.

Die **KONTRA-ARGUMENTE** überzeugten jeweils eine Mehrheit der Nein-Stimmenden, jedoch nie eine Mehrheit des Ja-Lagers. Am meisten Zustimmung im Nein-Lager genoss die Aussage, wonach die im Stromgesetz vorgesehenen erleichterten Planungsbedingungen dem Landschaftsbild und der Umwelt schaden (69% Ja-Anteil). Nur rund ein Viertel des Ja-Lagers war ebenso dieser Meinung. 55 Prozent respektive 57 Prozent der Nein-Stimmenden fanden, dass die Schweiz den eigenen Strombedarf sowieso nie decken wird und das Gesetz daher sein Ziel verfehlt, sowie dass die bewährte Baurechtsbeschwerde ausgehebelt wird. Bei den Ja-Stimmenden lag die Zustimmung zwischen 16–20 Prozent.

Tabelle 32: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmen (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Das Stromversorgungsgesetz fördert die Stromproduktion in der Schweiz, was unsere Abhängigkeit vom Ausland reduziert.	Total	79	12	9
	Ja-Stimmende	92	2	6
	Nein-Stimmende	53	35	13
Das Stromversorgungsgesetz ist ein unerlässlicher Schritt auf dem Weg zur Energiewende und damit zur Bekämpfung des Klimawandels.	Total	65	25	10
	Ja-Stimmende	87	6	7
	Nein-Stimmende	21	67	11
Durch den Ausbau von Wind- und alpinen Solaranlagen kann die Stromversorgung insbesondere auch im Winter nachhaltig gewährleistet werden.	Total	64	26	10
	Ja-Stimmende	82	9	9
	Nein-Stimmende	26	64	10
Kontra-Argumente				
Die erleichterten Planungsbedingungen für Wasserkraftwerke sowie Wind- und Solaranlagen schaden der Umwelt und dem Landschaftsbild in der Schweiz.	Total	40	51	9
	Ja-Stimmende	26	66	8
	Nein-Stimmende	69	21	10
Die Schweiz kann niemals den eigenen Strombedarf komplett abdecken, weshalb das Stromversorgungsgesetz sein Ziel verfehlt.	Total	31	55	14
	Ja-Stimmende	20	68	11
	Nein-Stimmende	55	29	16
Das Stromversorgungsgesetz hebt die bewährte Beschwerde gegen Bauprojekte aus, was die Demokratie und Rechtslage schwächt.	Total	29	53	19
	Ja-Stimmende	16	68	16
	Nein-Stimmende	57	23	21

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 79 Prozent aller Stimmenden (sowie 92% aller Ja-Stimmenden bzw. 53% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass das Stromversorgungsgesetz die Stromproduktion in der Schweiz fördert und damit die Abhängigkeit vom Ausland reduziert. 12 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 9 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente: Total 2'048 Ja-Stimmende 1'441, Nein-Stimmende 400.

8 Anhang

8.1 Technischer Bericht

Der hier vorliegende VOX-Bericht beruht auf der Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 9. Juni 2024, die das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Schweizerischen Bundeskanzlei realisiert hat. Die Befragung wurde zwischen dem 10. Juni und dem 1. Juli 2024 durchgeführt. Nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die technischen Eckwerte der Studie:

Tabelle 33: Technischer Kurzbericht

Merkmal	Ausprägung
Auftraggeberin	Schweizerische Bundeskanzlei
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen SRPH Bundesamt für Statistik BFS
Datenerhebung	Papierfragebogen und Online
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	at random Sprachregionen, Alter, Geschlecht
Befragungszeitraum	10. Juni bis 1. Juli 2024
Stichprobengrösse	minimal 3'000 effektiv 3'141 (Papier: 1'205 Online: 1'936) n DCH: 1'868 n FCH: 915 n ICH: 358 (Papier: n DCH: 652 n FCH: 388 n ICH: 165) (online: n DCH: 1'216 n FCH: 527 n ICH: 193)
Stichprobenfehler	± 1.7 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)

8.1.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte mit einem Mixed-Mode-Setting (Online- oder Papierfragebogen). Am Tag nach der Abstimmung erhalten die Zielpersonen aus der Bruttostichprobe ein postalisches Einladungsschreiben zur Teilnahme an der Befragung. Dem Einladungsschreiben wird ein Papierfragebogen beigelegt, um den Zielpersonen eine wahlweise Teilnahme auf diesem Weg zu ermöglichen.

Rund eine Woche nach Eintreffen des Einladungsschreibens wird ein Erinnerungsschreiben an alle Zielpersonen versendet, die bis dahin den Fragebogen weder online noch schriftlich ausgefüllt haben.

8.1.2 Bruttostichprobe

Grundlage der Erhebung bildet eine Stichprobe aus dem Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Der Stichprobenrahmen verwendet Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden und der Kantone, die quartalsweise aktualisiert werden. So wird eine umfassende Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet.

Die Bruttostichprobe wird nach Sprachregionen, Alter und Geschlecht geschichtet. Die Grundgesamtheit wird dabei in drei sprachregionale Schichten unterteilt (D/F/I), aus denen je unabhängige Zufallsstichproben gezogen werden. Die so resultierende Gesamtstichprobe ist disproportional geschichtet: Teilnehmende aus der französischen und italienischen Schweiz sind in der Stichprobe überproportional vertreten, um ausreichend Fälle aus diesen Sprachregionen in der Befragung zu erfassen. So sind Aussagen auch für die kleineren Sprachregionen statistisch verlässlich. Ein designbasiertes Gewichtungungsverfahren korrigiert dieses Übergewicht in der späteren Auswertung der Daten für nationale Aussagen (siehe 8.1.4 Gewichtung).

Vom BFS wurden 7'500 Adressen bestellt. Erhalten haben wir 7'523 Adressen sowie eine nicht verwendete Reserve von 1'522 Adressen. Diese Adressen bilden die Grundlage für die Befragung.

8.1.3 Nettostichprobe

Die durch die Umfrage generierte Nettostichprobe der VOX-Analyse zur Abstimmung vom 9. Juni 2024 umfasst insgesamt 3'141 Befragte (Ausschöpfung: 43%), wovon 60 Prozent aus der Deutschschweiz (n=1'868), rund 29 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=915) und rund 11 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=358) stammen.

Tabelle 34: Ausschöpfung der Adressen

Merkmal	N
Bruttostichprobe SRPH	7'523
Postretouren/verstorbene Zielpersonen	188
total gültige Adressen	7'335
Verweigerung/Abmeldungen	38
total realisierte Interviews	3'264
keine Rückmeldung trotz Erinnerungsschreiben	4'033
Löschungen aus Qualitätsgründen	123
final verwendete Interviews	3'141

Diejenigen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, sind in der Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+19,8 Prozentpunkte) bewegt sich aber im bekannten

Rahmen (siehe andere VOX-Analysen). Die Abweichung zwischen ungewichteter Stichprobe und effektivem Resultat gemessen am Ja-Anteil beträgt +1,6 Prozentpunkte bei der Prämienentlastungs-Initiative, +1,6 Prozentpunkte bei der Kostenbremse-Initiative, -4,2 Prozentpunkte bei der Freiheits-Initiative und +9,6 Prozentpunkte beim Stromgesetz.

Die erhobenen Daten wurden durch gfs.bern validiert und plausibilisiert. 123 Interviews genügten den Qualitätsansprüchen nicht und wurden aus dem finalen Datensatz entfernt.

Offene Fragen wurden entlang eines qualitativ erstellten Codebuchs automatisch gestützt codiert. Im finalen Datensatz sind die codierten Antworten wie auch die Originalnennungen der Befragten enthalten.

Die Daten wurden vor der Auswertung anonymisiert. Alle Angaben zur konkreten Person und zum Wohnort wurden aus Gründen des Datenschutzes vernichtet.

Der anonymisierte Datensatz zur vorliegenden VOX-Analyse sowie das dazugehörige Codeschema sind bei Swissvotes ([Swissvotes.ch](https://www.swissvotes.ch)) frei zugänglich.

8.1.4 Gewichtung

In einem ersten Schritt wird die Nettostichprobe als Gesamtes in einem designbasierten Gewichtungsverfahren gewichtet. Im Zentrum dieser designbasierten Gewichtung steht die Korrektur des Oversamplings in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz.

In einem zweiten Schritt wird die «Unit Non Response» (das heisst fehlende Fälle) adressiert. Die Gewichtung wird dazu anhand soziodemographischer, geographischer und politischer Merkmale (namentlich Alter, Geschlecht, Sprache, Kanton, Parteipräferenz, Beteiligung und Stimmverhalten) kalibriert, sodass die Nettostichprobe der Schweizerischen Grundgesamtheit entspricht. Hierfür wird ein automatisiertes Gewichtungsschema gewählt, in dem die Gewichtung nach vordefinierten Kriterien hinsichtlich der maximalen Abweichung maschinell erstellt wird. Die Häufigkeit sowie Reihenfolge der verschiedenen Gewichtungsschritte erfolgt rein auf Basis quantitativer Kennzahlen, d.h. maximalen Abweichungen.

Ein spezieller Fokus wird auf die Gewichtung der Abstimmungsbeteiligung gelegt. Für die möglichst optimale Modellierung der Beteiligung wird nicht nur auf Realdaten der Abstimmung zurückgegriffen, sondern zusätzlich auf historische Beteiligungsdaten nach Alter, Geschlecht und Sprachregion.

Mittels maschinellern Lernen werden in einem dritten Schritt die Zusammenhänge zwischen Abstimmungsteilnahme und -verhalten sowie demographischen Merkmalen identifiziert. Die Schätzung der Zusammenhänge erlaubt eine Projektion der Erkenntnisse auf die Daten der schweizerischen Strukturerhebung. Innerhalb dieser Daten sind Auswertungen auf der kleinsten geographischen Einheit (Gemeindeebene) möglich. Anschliessend wird mittels «One-Hot-Encoding» anhand der relativen Schätzungen zu Teilnahme und Stimmverhalten sowie realen Gemeindedaten die wahrscheinlichste Verteilung von individueller Abstimmungsbeteiligung und Stimmverhalten bestimmt.

Die Gewichtung der ausgewählten demographischen und politischen Messgrößen in den gesammelten Daten wird schliesslich in einem vierten Schritt anhand dieser Strukturdaten vollzogen. Der Aufbau der Strukturdaten erlaubt es, die politische Gewichtung nicht rein auf Basis geografischer Merkmale durchzuführen. Vielmehr können durch die vorhandenen Merkmale definierte Personengruppen entsprechend ihren modellierten Werten gewichtet werden.

Die Gewichtung der Vorlage mit der höchsten Stimmbeteiligung dient als Gewichtung für Auswertungen über den gesamten Datensatz. Für vorlagenspezifische Auswertungen werden die jeweiligen Gewichtungen verwendet.

8.1.5 Auswertung und Standardfehler

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. In der VOX-Analyse wird für jeden ermittelten Wert das 95 Prozent-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt.

Das Konfidenzintervall ist vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 % Ja-Stimmen und 50 % Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Standardfehler +/-3.2 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95-Prozent-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.8 und 53.2 Prozent (Konfidenzintervall) liegen.

Die Länge des Konfidenzintervalls erhöht sich mit abnehmender Befragtenzahl. Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Standardfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Tabelle 35: Standardfehler

ausgewählte statistische Standardfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Standardfehler Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 3'000	±1.8 Prozentpunkte	±1.4 Prozentpunkte
N = 2'200	±2.1 Prozentpunkte	±1.7 Prozentpunkte
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte
Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist. Die Zahlenwerte basieren auf der Varianzformel für einfache Zufallsstichproben.		

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene Abstimmenden, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von Null von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von Eins von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden (grosse Effektstärke gilt ab $V = 0.5$, mittlere Effektstärke ab $V = 0.3$ und kleine Effektstärke bis $V = 0.1$). Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da die Berechnung von Cramer's V von der Anzahl Merkmalskategorien und der Fallzahl abhängt.

8.2 Über die Studie

8.2.1 Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive der Stimmberechtigten für und gegen die Teilnahme und in Bezug zu den Entscheiden. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, zu den Stimmentscheiden und zu den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Mediennutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmenden werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei [Swissvotes](https://www.swissvotes.ch) frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Datensätze sind demnächst ebenfalls verfügbar auf [Swissvotes](https://www.swissvotes.ch); die alten VOX-Berichte sind es bereits.

8.2.2 Wer finanziert die VOX-Studien

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf [vox.gfsbern.ch](https://www.vox.gfsbern.ch).

8.3 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, NDS HF Chief Digital Officer, Dozent an der Hochschule Luzern und dem KPM Universität Bern

✉ lukas.golder@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet



TOBIAS KELLER

Projektleiter und Teamleader Data Analytics, Kommunikationswissenschaftler, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computergestützte Methoden, quantitative Analysen

Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet





CORINA SCHENA

Junior Projektleiterin

✉ corina.schena@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Wahlen, Abstimmungen, Gesundheitspolitik,
Gesundheitskampagnen, Image- und Reputationsanalysen,
qualitative und quantitative Methoden sowie Moderation



ALESSANDRO PAGANI

Junior Data Scientist

✉ alessandro.pagani@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Wahlen, Abstimmungen,
Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen,
Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



MARGRET TSCHANZ

Projektmitarbeiterin/ Administration

✉ margret.tschanz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Recherchen, Lektorate, Visualisierungen,
Projektadministration



ROLAND REY

Projektmitarbeiter / Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen,
Projektadministration, Vortragsadministration



SARA RELSTAB

Data Scientist

Ökonomin PhD

✉ sara.rellstab@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen,
Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



JENNY ROBERTS

Junior Data Scientist

✉ jenny.roberts@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen,
Recherchen, quantitative und qualitative Methoden

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

 **SWISS INSIGHTS**
Corporate Member

gfs.bern 